WIR LEBEN MANN-HEIM

KOMMUNALPROGRAMM VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ZUR KOMMUNALWAHL AM 25. MAI 2014

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

INHALT

VORWORT	3
UMWELT-, NATUR- UND TIERSCHUTZ	4
GRÜNZÜGE UND BUNDESGARTENSCHAU	9
KONVERSION UND STADTENTWICKLUNG	11
VERSORGUNG, ENERGIE UND KLIMASCHUTZ	14
VERKEHR UND INFRASTRUKTUR	17
BILDUNG	22
KINDER UND JUGEND	26
SOZIALES	30
GESUNDHEIT	33
FINANZEN	34
WIRTSCHAFT UND ARBEIT	37
KULTUR	41
FREIZEIT UND SPORT	45
DEMOKRATIE	47
INTEGRATION	52
FRAUEN	55
VIELFALT UND AKZEPTANZ	58
SICHERHEIT UND ORDNUNG	59
STICHWORTVERZEICHNIS	61
10-PUNKTE-KURZPROGRAMM	66
IMPRESSUM	67

Bündnis 90/Die Grünen Mannheim
Kaiserring 38/Moltkestraße 2 · 68161 Mannheim
Telefon 0 621-22 920 · Telefax 0621-33 67 652
www.mannheim-begruenen.de · info@gruene-mannheim.de
www.wir-leben-mannheim.info

Die Fotos (Mannheim-Impressionen) haben keinen direkten Bezug zu den Themen.
Wir danken Nicole Farida Berry, die uns die stimmungsvollen Fotos zur Verfügung gestellt hat.

VORWORT

Am 25. Mai 2014 wird der Mannheimer Gemeinderat neu gewählt. Unsere Liste umfasst 48 Personen: 24 Frauen und 24 Männer, die für die Vielfalt unserer Themen stehen und für die Vielfalt in unserer Stadt. Mannheim braucht Stadträtinnen und Stadträte, die für ihre Überzeugungen, für den Auftrag der Wählerinnen und Wähler, für diese Stadt einstehen. Dafür stehen wir Grüne. Einen besonderen Schwerpunkt unserer Gemeinderatsarbeit in den kommenden fünf Jahren sehen wir in einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik, die das Klima, die Umwelt und die Menschen schont. Mehr grüne Frauen und Männer im Gemeinderat werden sich darüber hinaus mit aller Kraft für Umwelt- und Klimaschutz, für nachhaltiges Wirtschaften, für Bildung und soziale Gerechtigkeit, für Vielfalt und Kultur für Alle, für Frauen- und Bürgerrechte, für die Vielfalt der Lebensweisen und Integration, für mehr Demokratie und Transparenz, für Natur- und Tierschutz und nicht zuletzt gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren.

Wir begrüßen die Integration Mannheims in die Europäische Union. Der Wirtschaftsstandort Mannheim profitiert davon durch Zuwanderung und größere Handelsmöglichkeiten, unsere Stadtgesellschaft profitiert durch gesellschaftlichen Austausch. Wir pochen auf das Prinzip der Subsidiarität: wo möglich, sollen Entscheidungen auf der niedrigsten Ebene gefällt werden. Die kommunale Handlungsfähigkeit sollte nicht durch Verpflichtung eingeschränkt werden, wie es bei der Wasserversorgung geschehen sollte.

Grün hat in Mannheim schon viel bewegt. Wir wollen noch viel mehr bewegen im nächsten Gemeinderat, wir wollen gemeinsam mit allen Mannheimerinnen und Mannheimern unsere Stadt lebenswert gestalten, wir wollen eine nachhaltige Stadtentwicklung und Mobilität, wir planen mit der Bürgerschaft und nicht gegen sie, wir sprechen nicht nur über Frischluftzonen für ein gesundes Mannheim, sondern wir tun alles dafür. Wir wollen mehr Bäume und Freiflächen in dieser Stadt, und wir wollen die beste Bildung für alle Kinder dieser Stadt. Das alles wird es nur geben, wenn wir Grüne dran bleiben. Wir geben den Zukunftsthemen eine Stimme – und dafür bitten wir die Mannheimerinnen und Mannheimer am 25. Mai 2014 um ihre Stimmen bei der Kommunalwahl.

Wir haben dieses Programm mit unseren Mitgliedern, unseren Arbeitskreise und einem Prozess der offenen Bürgerbeteiligung verfasst.

UMWELT-, NATUR- UND TIERSCHUTZ

Natur- und Landschaftsschutz

Ziel des Natur- und Landschaftsschutzes in der städtischen Umgebung ist die Bewahrung der Biodiversität, die Ermöglichung von Naturerfahrung und der Erhalt einer lebenswerten und gesunden Umwelt. Unser Ziel ist eine aktive Strategie zum Schutz und Erhalt sowie zur Schaffung neuer Lebensräume. Neben der Erweiterung bestehender und der Ausweisung neuer Landschaftsschutzgebiete fordern wir die Vernetzung bereits bestehender und isolierter Biotope. Zur Umsetzung dienen die Anlage von Trittstein- und Korridorbiotopen wie Ackerrandstreifen, Hecken und Gräben.

Natur in der Stadt

Ausreichende Grünflächen sind unabdingbar für ein attraktives Wohnumfeld. Sie dienen der Naherholung und verbessern das innerstädtische Klima. In Zeiten des Klimawandels gewinnen sie weiter an Bedeutung für das Wohlergehen der Bevölkerung. Wir wollen die ökologische Qualität der Grünflächen in der Stadt verbessern und darauf achten, dass sie gepflegt sind. Mit einer naturnahen Gestaltung können der Erholungswert gesteigert, die Pflegekosten gesenkt und gleichzeitig ein Beitrag zur biologischen Vielfalt und zum Arten- und Naturschutz in der Stadt geleistet werden. Genauso wichtig sind hier aber die zahlreichen Initiativen aus der Bürgerschaft, die im eigenen Garten, auf dem eigenen Balkon oder durch „Urban Gardening"-Projekte für mehr Grün in der Stadt und eine naturnahe Grünpflege sorgen. Wir wollen diese vielfältigen Arten der naturnahen Begrünung unserer Stadt weiter unterstützen und ermöglichen und damit auch ein Stück mehr Wildnis in unserer Stadt zulassen. Dazu gehören auch Programme zur Entsiegelung und Begrünung von Hinterhöfen, Fassaden und Dächern. Wir setzen uns für die zusätzliche Pflanzung von Stadtbäumen ein, für eine damit verbundene Verbesserung der Luft- und Aufenthaltsqualität für Mensch und Tier. Wo zur Baumkronen-Pflege zwecks Verkehrssicherungspflicht keine Hubsteiger eingesetzt werden können, wollen wir den Einsatz von darauf spezialisierten Kletterinnen und Kletterern erreichen, um diese ansonsten gesunden Bäume nicht fällen zu müssen. Dies gilt insbesondere für Bereiche im Wald, in denen durch einen großen Besucherinnen- und Besucherandrang eine Verkehrssicherungspflicht überhaupt erst notwendig wird. Städtische Dächer sollen nach Möglichkeit begrünt werden; bei Neubauten sollte das grundsätzlich vorgesehen werden. Grünflächen sind zu erhalten, eine Versiegelung durch Bebauungen gilt es zu verhindern, denn Mannheim ist mit einem Siedlungsanteil von 58 Prozent eine der am dichtesten besiedelten Städte Deutschlands und stößt damit an die Grenze einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Die Ufer von Rhein und Neckar sind größtenteils in einem naturfernen Ausbauzustand, der Zugang zum Fluss ist nicht überall gewährleistet. Wir machen uns dafür stark, dass die Ufer renaturiert und mit einem Wegesystem zugänglich werden. Die Ufer von Mannheims Flüssen sollen den Menschen und der Natur zurückgegeben werden.

Umgang mit Konversionsflächen

Mit der Konversion militärischer Flächen steht Mannheim vor einer großen Aufgabe. Wir Grüne verstehen dies als Chance, die Stadt ökologischer und lebenswerter zu gestalten. Zu diesem Zweck haben wir Leitlinien zur Konversion veröffentlicht. Wir möchten die Konversionsflächen nutzen, um nachhaltiges Wohnen und Wirtschaften zu ermöglichen. Deshalb begrüßen wir Projekte wie das blue_village_mannheim als wegweisende Zukunftsprojekte. Weitere grüne Technologien sind bei der Ansiedelung von Gewerbeflächen bevorzugt zu behandeln, zudem schlagen wir die Errichtung von Anlagen für Erneuerbare Energien vor. Ein weiteres wichtiges Ziel ist aber auch die Entsiegelung der Konversionsflächen. Daher fordern wir eine planungsrechtliche Sicherung von Frischluftschneisen und Grünzügen. Die durch die

Konversion bereitstehenden Flächen ermöglichen es, dass auch bereits im Flächennutzungsplan ausgewiesene Bau- und Gewerbegebiete nicht als solche genutzt werden müssen und so eine weitere Versiegelung vermieden werden kann.

Lärmschutz

Die gesundheitlichen Folgen von Lärm sind erheblich. Und dennoch wird in Mannheim immer noch zu wenig für Lärmminderung und Lärmschutz getan. Der Lärmaktionsplan Mannheim zeigt die Problemzonen in der Stadt auf, nun müssen die Mittel dafür bereitgestellt werden. Der Verkehrslandeplatz in Neuostheim soll endlich geschlossen werden, auch damit es im Umfeld ruhiger wird. Wir wollen Maßnahmen ergreifen, um Gebiete, die besonders stark von Lärm durch Autoverkehr betroffen sind, zu entlasten. Trotz Schallschutzwänden geht von der A6 zwischen Kreuz Viernheim und Autobahnkreuz Mannheim eine hohe Lärmbelastung für die Anwohnerinnen und Anwohner in Wallstadt und Feudenheim aus, deshalb werden wir uns für eine Geschwindigkeitsbegrenzung in diesem Abschnitt einsetzen. Für uns hat grundsätzlich die Vermeidung von Lärm Vorrang, passive Lärmschutzmaßnahmen wie Lärmschutzfenster sind für uns nur die zweitbeste Lösung.

Abfall und Rohstoffverwertung

Abfallvermeidung ist Grundlage der Kreislaufwirtschaft für die Schonung von Ressourcen und den Schutz unserer Umwelt. Der Einsatz von neuen Materialien ist unter dem Aspekt der Wiederverwendung und des Recyclings abzuwägen. Die Beseitigung als letztes Mittel, muss fach- und umweltgerecht erfolgen. Unsere Hausabfälle haben ein hohes stoffliches und energetisches Potential, daher fordern wir die flächendeckende getrennte Erfassung unserer Wertstoffe durch eine Bio- und eine Wertstofftonne und die Schaffung einer regionalen ökologischen Verwertung. Im Sinne des Urban Mining sollen zu beseitigende Gebäude und Infrastruktur nicht einfach abgerissen, sondern zurück gebaut und die anfallenden Rohstoffe dem Recycling zugeführt werden. Urban Mining heißt auch, die eingesetzten Materialien in Neubauten zu dokumentieren, um in Zukunft zu wissen, welche Rohstoffe wo verbaut sind. Bei steigenden Rohstoffpreisen ist der Rückbau ein wirtschaftlich sinnvoller Weg, um Geld, Energie und Rohstoffe zu sparen. Wir fordern die Einrichtung einer Recyclingstelle in Mannheim-Mitte, damit Abfälle ortsnah fach- und umweltgerecht entsorgt und / oder wiederverwertet werden können. Bei der Beseitigung des Abfalls und der Reinigung von Straßen werden wir die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger einfordern. Wo dies nicht dauerhaft funktioniert, wollen wir eine gebührenfinanzierte Reinigung des Straßenraums analog anderer Städte einführen.

Lebensmittel

Wir setzen uns für regionale, nachhaltige, ökologische, ökonomische, transparente und artgerechte Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten und Lebensmitteln in Mannheim ein.

Darüber hinaus sollen die Konsumentinnen und Konsumenten die Chance bekommen zu erfahren, wo und wie die Produkte des täglichen Bedarfs herkommen und wie die Tiere leben. Als Umweltbildungsmaßnahme setzen wir uns für die Einrichtung eines offenen Biobauernhofs mit Laden ein. Auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen auf Mannheimer Gemarkung soll dem Ökolandbau Vorrang gegeben werden, die Ausbringung von gentechnisch veränderten Organismen wollen wir verhindern. Die Stadt Mannheim soll bei der Beschaffung von Lebensmitteln für ihre Einrichtungen auf regionale Produkte nach Bio-Standard setzen. Der Vernichtung und Entsorgung von Lebensmitteln, die allein optischen Ansprüchen von Händlerinnen und Händlern sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht genügen, wollen wir mit der Unterstützung genossenschaftlicher Vertriebswege entgegenwirken.

Tierschutz

Der Tierschutz ist im Grundgesetz verankert und ein Staatsziel. Nicht nur Bund und Länder sind in der Pflicht, sondern auch die Kommunen. Die Stadt Mannheim trägt als Betreiberin eines kommunalen Schlachthofes eine besondere Verantwortung. Tierschutz muss schon Kindern vermittelt werden. Wir fordern deshalb altersgerechten Tierschutzunterricht. Schulen sollten mit der „Grünen Schule“ im Luisenpark Kooperationen eingehen, die von Seiten der Stadt gefördert werden. Tierschutzrelevante Veranstaltungen müssen konzipiert und im Familienpass angeboten werden.

Haus- und Heimtiere

Immer mehr Tiere warten im Tierheim auf neue Besitzerinnen und Besitzer. Das betrifft Katzen, Hunde, Nager und auch immer mehr Exoten. Damit das Tierheim und weitere Ein-

richtungen, die sich um verunfallte oder halterinnen- und halterlose Tiere kümmern, ihre Aufgaben tiergerecht erfüllen können, braucht es neue und vor allem bessere Verträge zwischen der Stadt und den Einrichtungen. Um es aber gar nicht so weit kommen zu lassen, dass Tiere abgeschoben werden (müssen), ist im Vorfeld Aufklärungsarbeit nötig. Kurse und Fachkundenachweise können hier präventiv entgegenwirken. Freigänger-Katzen müssen kastriert und sterilisiert werden, damit es nicht zu unkontrollierten Populationszuwächsen kommt – und damit zu Tierleid. Wir wollen, dass in Mannheim kein Raum für Exotenbörsen geboten wird, denn es ist unmöglich, ein exotisches Tier artgerecht im Wohnzimmer zu halten.

Fleischkonsum

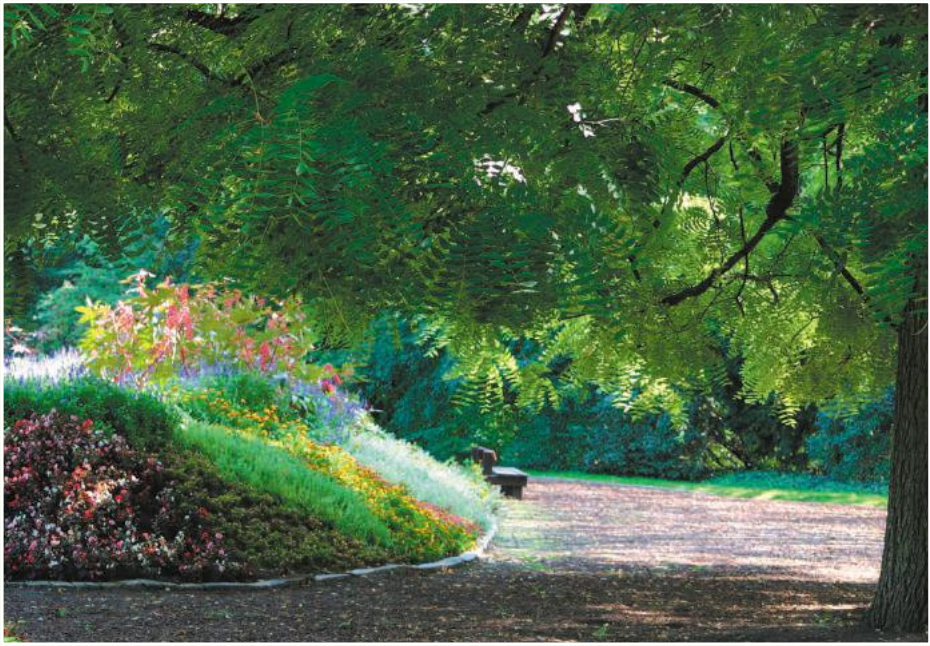
Übermäßiger Fleischkonsum bringt zahlreiche Folgen mit sich. Er ist nicht nur ungesund, die Fleischerzeugung bringt auch weltweite negative Auswirkungen auf das Klima, den Wasserhaushalt und die Ernährungsgerechtigkeit mit sich. Viele Städte haben deshalb einen Veggie-Day eingeführt, der ausschließlich Vorteile mit sich bringt. Von vielen gastronomischen Einrichtungen in Mannheim wird der Tag bereits erfolgreich praktiziert. Wir wollen erreichen, dass die Stadt Mannheim sich mit ihren Betriebskantinen und öffentlichen Einrichtungen anschließt und gezielt vegetarische und vegane Angebote bereitstellt.

Wildtiere in Zirkussen

Zirkusse sind Orte von lustigen und unterhaltsamen Veranstaltungen. Allerdings nicht für Tiere, Löwen, Elefanten etc. gehören in die Freiheit, nicht hinter Gitter. Viele Städte haben dies erkannt und bereits ein Wildtierverbot eingeführt. Mannheim muss sich endlich zum Tierwohl bekennen und ebenfalls ein Auftrittsverbot für Zirkusse erlassen, die Wildtiere mit sich führen. Ebenso gehört das Ponyreiten auf Jahrmärkten und Messen untersagt, weil die Tiere dabei ein nicht artgerechtes Dasein fristen.

Tiere in Stadt, Wald und Flur

Mannheim hat schöne Parks und Wälder. Darin leben viele Tiere. Einige davon kommen immer näher in die Stadt. Dies liegt auch daran, dass sie durch den Freizeitdruck aus ihren Lebensbereichen getrieben werden. Wir fordern einen Verzicht auf Tötung von wilden Tieren auf Mannheimer Gemarkung wie die Jagd zur Bestandskontrolle. Auch das Töten vermeintlich schädlicher Tiere wie Nilgänse, Stadttauben, Kaninchen und Ratten lehnen wir ab. Um ihre Vermehrung zu begrenzen, müssen Alternativen erarbeitet werden. Dabei sollen Betroffene ebenso wie Fachleute aus verschiedenen Bereichen einbezogen werden. Der Tierschutzaspekt muss dabei immer im Vordergrund stehen. Weiterhin fordern wir mehr städtisches Engagement beim Vogel- und Insektenschutz. Bei allen Fragen der Stadtentwicklung müssen grundsätzlich auch die Bedürfnisse der Tierwelt berücksichtigt werden. So sind Glasfronten eine Gefahr für Vögel, weswegen diese tierschützend ausgewählt oder umgerüstet werden müssen. Auch hier soll die Stadt Mannheim bei ihren eigenen Einrichtungen mit gutem Beispiel vorangehen.



GRÜNZÜGE UND BUNDES-GARTENSCHAU

Bundesgartenschau

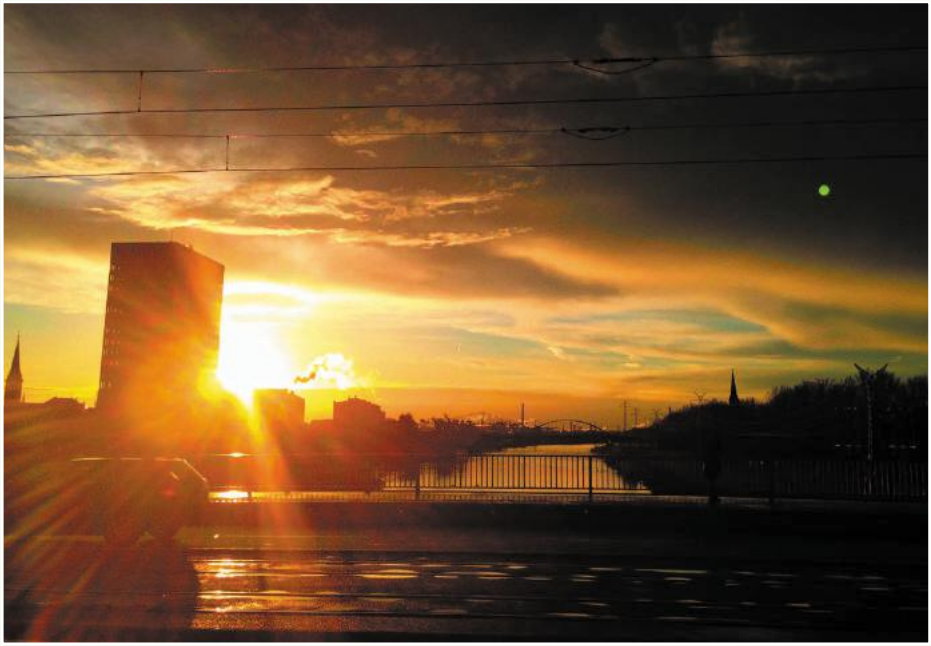
Eine Bundesgartenschau 2023 mit einem Kerngebiet auf den Spinelli Barracks bietet die Chance, ein nachhaltiges grünes Infrastrukturprojekt für Mannheim naturnah zu entwickeln und eine klimatisch wichtige Grünzone einzurichten. In den bisherigen Planungen zur Bundesgartenschau haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass ein Einstieg in einen großen Grünzug („Nord-Ost“) erfolgt, eine Frischluftschneise in einer Breite von 500 bis 700 Metern geschaffen wird und die Feudenheimer Au Landschaftsschutzgebiet bleibt. Außerdem haben wir mit Erfolg darauf gedrängt, dass Bürgerinnen und Bürger über vier Arbeits- und

Planungsgruppen an der Ausarbeitung der Konzeption für die Gartenschau beteiligt werden. Wir sprechen uns dafür aus, die Planungen für eine Bundesgartenschau 2023 unter folgenden Voraussetzungen weiterzuführen: Die fest eingeplanten Landesgelder stehen der Stadt Mannheim in der veranschlagten Höhe von 40 Millionen Euro zur Verfügung. Der Kostenrahmen hält einer Wirtschaftlichkeitsprüfung stand. Die Biotope in der Feudenheimer Au bleiben erhalten. Zur ökologischen Aufwertung sind periodische Gewässer anzulegen. Auf dem gesamten Bundesgartenschaugelände wird auf den Einsatz von Herbiziden, Insektiziden, Torf und mineralischer Düngung verzichtet. Die Umzäunung der neuen Bundesgartenschauflächen ist temporär und wird nach der Bundesgartenschau rückgebaut. Es werden keine neuen Straßen gebaut, auch nicht zur Lösung der Verkehrsführung am Aubuckel. ÖPNV-Anbindung sowie Rad- und Fußwege müssen Vorrang haben. Für die Zeit der Bundesgartenschau muss ein Park & Ride-Konzept greifen. Eine arrondierende Wohnbebauung muss den Passivhausstandard erfüllen und darf es ausschließlich im Randbereich und unter Einhaltung der Mindestbreiten einer leistungsfähigen Frischluftschneise geben. Sie muss sich positiv in das vorhandene Umfeld von Käfertal-Süd und dem Rott einfügen. Die Ergebnisse der Arbeits- und Planungsgruppen werden im Planungsprozess maßgeblich berücksichtigt. Die ökologische Stadtentwicklungsperspektive darf sich nicht nur auf das Gebiet der Bundesgartenschau begrenzen. Wir wollen, dass nach 180 Tagen Bundesgartenschau Mannheim von einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Stadtentwicklung profitiert. Sind diese Bedingungen nicht zu erfüllen oder werden diese maßgeblich negativ auch im fortschreitenden Planungsprozess verändert, sehen wir die Stadt Mannheim in der Pflicht, das Projekt aufzugeben und Alternativen für die Konversion und die Gestaltung eines Grünzuges aufzuzeigen.

Grünzüge und Biotopvernetzung

Frischluftschneisen und Grünzüge sind endlich in aller Munde. Für das Mannheimer Stadtklima ist von allergrößter Wichtigkeit, großzügige Vegetationsflächen freizuhalten. Nur so kann durch Belüftung die nächtliche Abkühlung in den Stadtteilen gewährleistet werden.

Auf diesen Grünzügen können zudem Flächen für neue Formen des Gärtnerns entstehen und ähnliche naturnahe Nutzungen wie Beweidung ermöglicht werden. Dafür müssen diese Flächen verpachtet werden können.



KONVERSION UND STADT-ENTWICKLUNG

Lebensraum Stadt

Menschen, die in Städten leben, sehnen sich nach Freiflächen zur Erholung. Diese dienen aber nicht nur der Naherholung, sondern helfen auch dabei, das städtische Mikroklima zu verbessern. Sie können auch dazu beitragen, die biologische Vielfalt in Mannheim zu vergrößern. Die ehemaligen amerikanischen Kasernen in den Konversionsgebieten zeichnen sich durch einerseits erhaltenswerte Freiflächen und andererseits durch viele und zum Teil gut erhaltene oder sanierte Wohngebäude aus. Im Gegensatz dazu herrscht in manchen Stadtteilen eine sehr enge Bebauung mit wenig Vegetation vor. Die Konversionsflächen bieten also die beson-

dere Chance, eng bebaute Gebiete zu entzerren und grüne Inseln zu schaffen. Sei es durch Auflockerung des Bestands auf den Flächen selbst oder durch einen Flächentausch, also die Verlagerung von Wohnraum und Gewerbefläche weg von (zu) dicht besiedelten Bereichen hin zu den Konversionsflächen. Wir wollen neue Wohn- und Lebensformen fördern, zum Beispiel Mehrgenerationenprojekte oder das gemeinsame Wohnen von Menschen mit und ohne Behinderung. Grundsätzlich ist bei der Stadtentwicklung darauf zu achten, dass Familien mit Kindern und Alleinerziehende sowie Studierende geeigneten Wohnraum finden. Dabei sollen auch neue, alternative und experimentelle Bauformen und Baugemeinschaften zum Tragen kommen. Wir wollen eine soziale Wohnungspolitik, die sowohl im Bauen selbst als auch im Umgang mit Freiflächen ökologisch in die Zukunft weist. Neben den Konversionsflächen wollen wir in den nächsten Jahren auch verstärkt Mannheims Flüsse in den Blick nehmen. Wir wollen einen deutlich besseren Zugang zu Rhein und Neckar schaffen und die Aufenthaltsqualität an den Flüssen verbessern. Stadtentwicklung bedeutet für uns, Freiräume zu erhalten und zu schaffen, für eine gute soziale Durchmischung zu sorgen, aktive Inklusionspolitik zu betreiben. Der Entmischung, das heißt der kompletten räumlichen Trennung von Wohnen, Arbeiten, Kultur und Freizeit, wollen wir entgegen wirken. Das reduziert letztlich auch das Verkehrsaufkommen und schont Ressourcen. Grundsätzliches Ziel unserer Politik ist, den öffentlichen Raum in Mannheim für alle Bevölkerungsschichten und in allen Stadtteilen attraktiver zu machen und die Aufenthaltsqualität ohne Konsumzwang zu stärken. Gerade Jugendliche brauchen Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten in der Stadt. Sie gehören für uns in die Mitte unserer Stadt, nicht an die Ränder, in Ecken und Nischen. Wir wollen uns deshalb gezielt für mehr nicht-kommerzielle Aufenthaltsorte einsetzen, die Jugendliche für ihre Freizeit nutzen können. Für mehr Lebensqualität in der Stadt wollen wir auch Fördergelder wie aus dem Bundesprogramm „Soziale Stadt“ auf Grundlage nachhaltiger Kriterien zum Beispiel für die Entsiegelung von Flächen einsetzen.

Industrie- und Gewerbeflächen

Bei der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe fordern wir eine engere Zusammenarbeit innerhalb der Metropolregion Rhein-Neckar, insbesondere mit Blick auf die endlichen Flächenressourcen. In der Fortschreibung des Raumordnungsplans, des Regionalplans und des Flächennutzungsplans wird diese Erkenntnis einer engen Verzahnung der Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrspolitik in den Fachplänen verankert. Das Zentrenkonzept dient dafür als Grundlage. Die unerwünschte Ansiedlung großflächiger Handelsmärkte auf der „grünen Wiese“ oder vor den Toren der Stadt wird dadurch verhindert. Investitionen werden in die Innenstadt und die Stadtteile gelenkt. Vergangene siedlungs- und gewerbepolitische Fehlentscheidungen müssen korrigiert oder durch ökologische Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden. Das gilt vor allem für gemarkungsübergreifende Planungen.

Coleman Barracks

Auf einem Teil der Fläche der heutigen Coleman Barracks schlagen wir die Einrichtung eines Energiemusterparks vor. Zum einen sollen dort unterschiedliche Anlagen für erneuerbare Energien betrieben werden, zum Beispiel Photovoltaikanlagen oder ein Geothermie-Kraftwerk. Zum anderen sollen gezielt Unternehmen und Einrichtungen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien und der Speichertechnik angesiedelt werden. Wir werden uns für ein spezialisiertes Gründerzentrum Energiewirtschaft unter dem Dach der Mannheimer Existenzgründerzentren einsetzen. Mit diesem Energiemusterpark sollen attraktive und zukunftsorientierte Arbeitsplätze entstehen. Nicht nur für die Coleman Barracks fordern wir, dass kontaminierte Flächen, auf denen eine landwirtschaftliche Nutzung oder Wohnen ausgeschlossen ist, für eine solarenergetische Nutzung freigegeben werden.

VERSORGUNG, ENERGIE UND KLIMASCHUTZ

Wohn- und Gewerbebauten

Der größte Energiebedarf entsteht bei der Beheizung und Kühlung von Gebäuden. Da sich Mannheim in der Klimaschutzkonzeption 2020 selbst zum Ziel gesetzt hat, den Energiebedarf zu senken, ist es nur folgerichtig, dass für zukünftige Wohn-, Industrie- und Gewerbebauten die Passivbauweise als Standard (Stand der Technik) angestrebt werden muss. Dies soll auch für die Kernsanierung von Bestandsgebäuden gelten. Hier sei beispielhaft das Postareal genannt. Bei der Planung eines Gebäudes sollte für die Heiz- und Kühltechnik zuerst geprüft werden, ob eine optimierte Bauweise oder eine neue Technologie zur Verfügung steht, um den Einsatz von Primärenergie zu verhindern. Wir wollen nicht nur Modellprojekte, sondern streben einen flächendeckenden Einsatz an. Das Versprechen der Architekten, beim Neubau der Kunsthalle ein Nullenergiekonzept auf Grund unserer Initiative umzusetzen, werden wir beim Wort nehmen.

Energieversorgung

Wir wollen die Eigenerzeugung und den Eigenverbrauch von regenerativer Energie in Mannheim fördern. Die Stadt Mannheim sollte mit gutem Beispiel vorangehen und endlich ihre eigenen Gebäude mit Photovoltaikanlagen ausstatten. Dies kann in eigener Regie oder über eine Solardachbörse geschehen, bei der sich interessierte Bürgerinnen und Bürger finanziell einbringen können. Große Gebäude von Industrie und Gewerbe sind prädestiniert für die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien. Hier sehen wir aufgrund des großen Energieverbrauchs eine besondere Verantwortung. Der Bau des Blocks 9 im Großkraftwerk Mannheim war die falsche Entscheidung. Eine zentrale großtechnische Versorgung mit klimaschädlicher Kohle gehört der Vergangenheit an, und Block 9 sollte am besten überhaupt nicht in Betrieb gehen. Wenn er dennoch ans Netz geht, sollte er so flexibel wie möglich reagieren können. In jedem Fall muss darauf geachtet werden, dass die eingesetzte Kohle unter menschenwürdigen Bedingungen gefördert wird (Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen). Man hätte in Mannheim bereits vor Jahren auf ein flexibleres System von vielen kleinen Anlagen zur Energieerzeugung setzten sollen, die je nach Bedarf an- und abgeschaltet wer-

den können. Die Zukunft gehört der dezentralen Versorgung mit beispielsweise Mini-Blockheizkraftwerken, Photovoltaik- und Solarthermieanlagen sowie Geothermie-Kraftwerken. Die Entwicklung der Konversionsflächen bietet sich hierfür besonders an. Um die regionale Wertschöpfung voranzutreiben, sollten hier vorzugsweise Bürgerenergiegenossenschaften zum Zuge kommen. Initiativen wie BürgerEnergie Mannheim eG begrüßen wir daher. Dies kann in Form eines neuen, lukrativen Geschäftsmodells mit Unterstützung der MVV Energie AG oder aber der Stadt Mannheim geschehen. Intelligente Stromnetze helfen, Energie dann sinnvoll und koordiniert zu verbrauchen, wenn sie zur Verfügung steht. Zudem helfen sie, die Belastung für das Stromnetz zu begrenzen und die Energieversorgung stabiler zu machen. Wir setzen uns dafür ein, Mannheim flächendeckend mit intelligenter Energievernetzung auszustatten. Ergänzend zu diesen intelligenten Stromnetzen ist es dringend notwendig, Energiespeicher zu erforschen und zu etablieren. Hier könnte Mannheim in Zusammenarbeit mit Industrie, Wissenschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern eine Vorreiterrolle spielen und sogar Arbeitsplätze schaffen, zum Beispiel in einem Energiemusterpark auf dem Gelände der bisherigen Coleman Barracks. Auch wenn das Thema Fracking Mannheim aktuell nicht konkret betrifft, fordern wir dennoch ein klares „Nein“ zur unkonventionellen Erdgas- und Erdölförderung. Die Stadt Mannheim sollte sich dafür einsetzen, dass dies auch in der Metropolregion Rhein-Neckar gilt.

Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge gehört in die Hand der Bürgerinnen und Bürger. Die Wasserversorgung bietet sich als Einstieg in das Thema Rekommunalisierung an. Eine zukunftsfähige Energieversorgung im Allgemeinen und die Energiewende im Besonderen brauchen die Akzeptanz der gesamten Bevölkerung. Wir möchten deshalb die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Energieversorgung in unserer Stadt ausweiten.

Elektromobilität

Ein weiterer unverzichtbarer Ansatz zur Einsparung von CO_2 ist die Förderung alternativer Antriebsarten. So sollte die Stadt Mannheim mit gutem Beispiel vorangehen und den gesamten städtischen Fuhrpark sukzessive auf alternative Antriebsarten umstellen. Dies gilt auch für die Busflotte der RNV. Aber auch die individuelle E-Mobilität kann indirekt gefördert werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass der eingesetzte Strom aus regenerativen Quellen kommt. Nach dem norwegischen Vorbild soll das Parken von Elektrofahrzeugen in der Innenstadt gebührenfrei sein. Zudem sollen Ladestationen aufgestellt werden, an denen das Aufladen der E-Autos kostenlos ist. Dies macht die Innenstadt ruhiger, sauberer und lebenswerter.

Brückentor-
Apotheke

VERKEHR UND INFRA-STRUKTUR

Mobilität

Auf Mannheims Straßen fahren zu viele Kraftfahrzeuge. Sie erzeugen Staus, behindern die Mobilität und tragen bei zu einer nicht akzeptablen, weil gesundheitsgefährdenden Luftverschmutzung. Auch Verkehrslärm beeinträchtigt die Lebensqualität an vielen Stellen der Stadt mit gravierenden gesundheitlichen Folgen. Wir setzen daher auf eine andere Mobilität. Zukunftsorientierte und klimaschonende Mobilität ist vernetzt. ÖPNV, Carsharing sowie Rad- und Fußverkehr müssen intelligent verknüpft und priorisiert werden. Klima-, Lärmschutz und Gesundheit verlangen nach der Stärkung des Rad- und Fußverkehrs. Derzeit werden in Mannheim nur etwa 4,50 Euro jährlich je Einwohnerin und Einwohner für die Infrastruktur des Radverkehrs ausgegeben. Wir wollen mindestens eine Vervierfachung dieser Investitionen erreichen. Um weg von der aktuellen KFZ-orientierten Sicht und hin zu einer Sicht auf alle Verkehrsarten zu kommen, fordern wir daher an erster Stelle ein Mobilitätskonzept für die Gesamtstadt, das an die bereits vorhandenen Gutachten anknüpft. Dieses soll in Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten und mit Blick auf die demographische Entwicklung erstellt werden. Dabei müssen ebenso notwendige Veränderungen hinsichtlich des Klimaschutzes sowie die Verteuerung von Treibstoffen und Energie in die Betrachtungen einfließen.

Fußgängerinnen und Fußgänger

Jahrzehntelang wurden die Straßen für Autos frei gemacht. Mannheim braucht nun endlich ein Konzept mit dem Ziel: Raum für Menschen statt für Blech. Kinderwagen und Rollstühle stehen oft vor Hindernissen. Fußgängerinnen und Fußgänger werden aber auch durch Radfahrerinnen und Radfahrer, die sich vor beengten Verhältnissen von der Fahrbahn auf die Gehwege flüchten, bedrängt. Daher fordern wir schärfere Kontrollen gegen zugeparkte Rad- und Gehwege auch in den Abendstunden sowie die Installation von Sperrpfosten oder schweren Blumenkübeln, um das Zuparken zu verhindern. Wir wollen uns auch für neue Parkkonzepte einsetzen, zum Beispiel in manchen Bereichen einseitiges Parken. Damit wird der gesamte Straßenraum sicherer für alle. Die Barrierefreiheit wollen wir weiter vorantreiben und unattraktive Maßnahmen wie Unterführungen nach Möglichkeit vermeiden oder schließen, so zum Beispiel die sogenannte Borelly-Grotte.

Radverkehr

Am 12. Juni 1817 unternahm Karl Drais die erste Fahrradfahrt der Geschichte. Es gibt Anlass zur Sorge, dass Mannheim mit dem Umsetzen von Fahrrad-Infrastrukturplänen und dem 21-Punkte-Programm für mehr Radverkehr im Hintertreffen ist. Um 2017 das Drais-Jubiläum gebührend feiern zu können, bedarf es eines konsequenten und mutigeren Vorgehens in Mannheim. Dazu gehört die zügige Umsetzung geplanter Maßnahmen wie Radspuren auf der Bismarckstraße, der fahrradgerechte Umbau des Friedrichsplatzes, der Boulevard Kaiserring, der Bau von Fahrrad- und Fahrradschnellstraßen, die Freigabe aller Einbahnstraßen, die dafür die gesetzlichen Vorgaben erfüllen, für das Radfahren in Gegenrichtung. Unser Ziel ist, dass sich der Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen in Mannheim bis 2030 auf 40 Prozent erhöht und zur Erfolgskontrolle alle zwei Jahre gezählt wird. Dafür sehen wir weitere Maßnahmen als notwendig an: Es müssen durchgängige und direkte Radverbindungen von der Innenstadt in die Stadtteile sowie zwischen den Stadtteilen geschaffen werden. Die Fußgängerzonen in der City müssen zeitlich begrenzt durchfahren und an mehreren Stellen gequert werden können. Das muss bei der Umgestaltung der Planken entsprechend berücksichtigt werden. In Nord-Süd und in West-Ost wollen wir jeweils eine Fahrradstraße in den Quadraten sowie auf der Augustaanlage einen eigenen Radweg. Dringend nötige Instandsetzungen vorhandener Radwege dürfen nicht weiter verzögert werden. Ausreichend Stellplätze für Fahrräder, die zumindest an ÖPNV-Haltestellen überdacht sind, und Fahrradparkhäuser müssen bei der Stadtplanung Priorität bekommen. Eine Fahrrad-Stellplatzverordnung soll für die Schaffung adäquater Fahrradstellplätze vor Geschäften sowie in Höfen von Wohngebäuden und in Parkhäusern sorgen. Wir fordern nicht zuletzt die Schaffung eines dichten Netzes von Leihradstationen und Vorrang für den Radverkehr an Ampeln. Dieses Maßnahmenpaket für den Radverkehr muss im Rathaus geschnürt werden. Dafür muss ausreichend Personal abgestellt oder eingestellt werden. Den Runden Tisch Radverkehr wollen wir für Bürgerbeteiligung öffnen.

Verkehrsberuhigung

Für die Verkehrsberuhigung, die ein Plus an Lebensqualität und ein Minus an Gefahren mit sich bringt, wollen wir Tempo 30 überall dort, wo es rechtlich möglich ist, auch in Erschließungs- und Durchgangsstraßen einführen. Außerdem wollen wir als Einstieg zwei autofreie Wochenenden pro Jahr in der Innenstadt innerhalb des Rings. Wir fordern die Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen in der Innenstadt, zum Beispiel auf der Kunststraße sowie in der Fressgasse zwischen Breiter Straße und Kaiserring. Einzelne Straßen in den Stadtteilen und in der Innenstadt wollen wir komplett autofrei erklären, dafür muss ein entsprechendes Konzept erarbeitet werden. Ein erster Schritt muss die Erweiterung der Fußgängerzonen sein. Wir wollen auch die Parkkosten anpassen, um Verkehr zu vermeiden beziehungsweise zu lenken: In den Parkhäusern und Tiefgaragen im Stadtzentrum soll das Parken in den Quadraten teurer und am Rande des Zentrums günstiger, das Parken am Straßenrand im Zentrum ebenfalls teurer werden. Wir fordern eine generelle Parkraumbewirtschaftung. Es sollen keine wei-

teren Parkhäuser in der Innenstadt gebaut werden. Für Werbeanhänger und ähnliches, die oft sichtbehindernd geparkt werden, fordern wir die striktere Erhebung der Sonderparkgebühr. „Shared Space" wollen wir mit Modellversuchen in der Innenstadt und in den Vororten testen. Als langfristiges Ziel streben wir die autofreie Innenstadt an. Das soll schrittweise bis 2023 geschehen.

Mobilität und Umweltschutz

Ein wichtiger Baustein im Mix großstädtischer Mobilität für alle ist Carsharing, also das gemeinsame Nutzen von Fahrzeugen. Ein gutes Carsharing-Angebot benötigt gut erreichbare und attraktive Carsharing-Stationen an zentralen Stellen. Die Stadt Mannheim muss dazu beitragen, dass das Netz an Stationen weiter ausgebaut wird, und dass ausreichend Stellplätze in der Innenstadt und in den Stadtteilen zur Verfügung stehen. Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege, um Verkehr zu vermeiden: Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs sollen auch ohne Auto gut verfügbar sein. Dafür müssen die Stadtteilzentren gestärkt werden. Einkaufsmärkte „auf der grünen Wiese" am Rande der Stadtteile lehnen wir ab. Die wichtigsten Einkäufe sollen zu Fuß oder mit dem Fahrrad „um die Ecke" möglich sein. Zur Entlastung vom Durchgangsverkehr wollen wir durch Beschilderung und intelligente Systeme den Verkehr auf vorhandener Infrastruktur an den Zentren vorbei führen, LKW-Verkehr aus Innenstadt und aus den Stadtteilen so gut wie möglich heraushalten und ausschließlich auf vorgegebenen Strecken direkt von und zu den Betrieben zulassen. Unsere Forderungen zum Straßenbau lauten: Vor dem Bau neuer Straßen steht grundsätzlich die Instandhaltung vorhandener Infrastruktur, vor allem der Brücken. Die Westumfahrung muss zur Entlastung von Jungbusch, Neckarstadt und Innenstadt verwirklicht werden. Eine direkte Anbindung an die Südtangente lehnen wir jedoch ab, da hierdurch zusätzlicher Verkehr durch die Stadt geführt würde. Im Zusammenhang mit der Bundesgartenschau 2023 sollen keine neuen Straßen gebaut werden, auch nicht zur Lösung der Frage, was mit der Straße am Aubuckel während der Bundesgartenschau passiert. Für die Bundesgartenschau fordern wir ein Verkehrskonzept, das vor allem den ÖPNV sowie den Fuß- und Radverkehr einbezieht. Dieses Konzept soll Bestandteil eines Gesamtverkehrskonzepts für Mannheim sein. Schließlich lehnen wir eine neue Rheinquerung bei Altrip ab.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der ÖPNV hat bereits eine große Bedeutung für die Mobilität in Mannheim. Es gilt aber noch zahlreiche Verbesserungen durchzusetzen, damit noch mehr Menschen auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Erfreulicherweise wurden einige unserer bisherigen Forderungen inzwischen umgesetzt, zum Beispiel der Bau der Stadtbahn Nord. Ebenso ist der 10-Minuten-Takt nach Wallstadt eingerichtet worden. Hier und andernorts muss aber noch nachgebessert werden. Unsere wichtigsten Forderungen sind die Verdichtung des Taktes, möglichst ein genereller 10-Minuten-Takt bis 21 Uhr, die Taktung an zentralen Umsteigestellen wie Paradeplatz und Hauptbahnhof, mehr ÖPNV zu später Stunde, die Einrichtung neuer Haltestellen, der Ausbau

der Straßenbahnhaltestelle Hauptbahnhof, die Einführung eines auch außerhalb der Quadrate gültigen Kurzstreckentickets, die Wiedereinführung des Ticket 24 Plus, die Einführung von Kombitickets bei Großveranstaltungen auf dem Maimarktgelände und in der SAP-Arena, die Einführung eines Sozialtickets, die Förderung von Tarifmaßnahmen wie Jobticket und Kombiticket, mehr Platz für Rollatoren, Rollstühle und Kinderwagen in den Transportmitteln und der Bau neuer Stadtbahnlinien. So fordern wir die Querspange vom Lindenhof zum Neckarauer Übergang („Glücksteinstraßenbahn“) die Erschließung der Konversionsgebiete von Anfang an, die Strecken nach Ladenburg (von Feudenheim über Ilvesheim) und Schwetzingen (von Rheinau über Brühl). Hier muss sich die Stadt Mannheim rechtzeitig um Mittel aus der Fortschreibung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes kümmern. Wir setzen uns außerdem für den Ausbau des OEG-Bahnhofs in Käfertal ein. Das ist unabdingbar für einen 10-Minuten-Takt nach Wallstadt und auf der Stadtbahn Nord. Wir sind für die Schaffung eines Fahrgastbeirates und grundsätzlich für die frühzeitige Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Aufstellung von Nahverkehrsplänen. Nicht zuletzt fordern wir Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter in den S-Bahnen und mehr Personal für die anderen Bereiche des ÖPNV sowie vergleichbaren Lohn für deren Beschäftigten.

Mobilitätszentralen

Für mehr umweltfreundliche Mobilität ist die bessere Verknüpfung der einzelnen Verkehrsmittel elementar. Der Hauptbahnhof Mannheim ist dafür beispielhaft zu nennen: Dort fordern wir die Schaffung einer zentralen Umsteigestelle zwischen Stadtbahn, Stadtbus und den Zügen des Bahn-Fern- und Nahverkehrs einschließlich der S-Bahn. Voraussetzung dafür ist ein weiterer Bahnsteig für die Straßenbahnen auf dem Willy-Brandt-Platz vor dem Hauptbahnhof. Ferner müssen mehr Fahrradabstellplätze für ein umweltfreundliches Park & Ride zur Verfügung stehen. An allen zentralen Haltestellen des ÖPNV muss künftig in unmittelbarer Nähe selbstverständlich sein: eine ausreichende Anzahl sicherer Fahrradparkmöglichkeiten, Carsharing- und Taxi-Stationen. Ebenso fordern wir eine Verbesserung der Übergänge von Bussen zu Stadtbahnen: Wo Haltestellen umgebaut oder neu eingerichtet werden, muss der Wechsel zwischen den Verkehrsmitteln an denselben Bahnsteigen ermöglicht werden.

Bahnfernverkehr

Die Stadt Mannheim muss sich nachdrücklich für den Ausbau des Hauptbahnhofes einsetzen: Dazu zählen der Neubau des Bahnsteigs F, die Verlängerung des Posttunnels als weitere Fuß- und Radverkehrsverbindung, der Ausbau des Gleisvorfeldes, der Einbau von Hochgeschwindigkeitsweichen und schließlich der Bau eines zweiten Hafengleises. Um die Anwohnerinnen und Anwohner von Bahnstrecken vom Güterverkehrslärm zu entlasten, aber auch um einen Engpass im europäischen Güter-Fernverkehrsnetz zu beseitigen, unterstützen wir die Pläne einer Neubaustrecke, die nicht in erster Linie dem Personenverkehr, sondern dem Güterverkehr dient. Dabei soll der Rangierbahnhof Mannheim voll eingebunden bleiben. Den Neubau eines Bypasses für den Personenfernverkehr lehnen wir weiterhin ab.

Busfernverkehr

Die Verkehrssituation rund um den Hauptbahnhof und Fernbusbahnhof Mannheim ist unhaltbar. Die Zu- und Ausfahrt des zentralen Busbahnhofs für Fern- und Reisebusse muss deshalb dringend in Angriff genommen werden: Wir fordern den Bau einer Querspange zur Ausfahrt der Busse von der Heinrich-von-Stephan-Straße zur Reichskanzler-Müller-Straße und außerdem die Einrichtung einer Fernbushaltestelle auf der Südseite des Hauptbahnhofs in Verbindung mit der Verlängerung des Posttunnels.

S-Bahn

Die S-Bahn Rhein-Neckar hat sich bewährt. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte fortsetzen, die ja nicht nur dem Umweltschutz gute Dienste erweist, sondern auch dem Wirtschaftsstandort Metropolregion-Rhein-Neckar und der Lebensqualität. Wir setzen uns für ein zügiges Vorantreiben der zweiten Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar ein. Dazu zählen der Ausbau auf den Stammstrecken zwischen Neustadt und Heidelberg in Ost-West-Richtung sowie zwischen Graben-Neudorf und Biblis beziehungsweise Weinheim in Nord-Süd-Richtung, der Ausbau der Haltestellen Seckenheim und Rheinau, der Umbau des Halts in Käfertal mit Verlagerung unter die Straßen- und Straßenbahnüberführung mit Kombinationshalt, der Bau einer neuen Haltestelle in Schönau/Blumenau, der Umbau des nach Südwesten zu verlagernden Bahnhofs Neckarau als Kompaktbahnhof sowie der barrierefreie Ausbau aller Haltestellen.

Hafen

Die Häfen Mannheim und Ludwigshafen sollen fusioniert und danach als städtische Gesellschaft weiter betrieben werden. Wir sind für die Förderung der Trimodalität im Mannheimer Hafen und für seine wirtschaftliche Fortentwicklung. Kulturdenkmäler wie Teufelsbrücke, Mühlaubrücke und Hubbrücke sollen dabei als stadtbildprägende Industriedenkmäler erhalten bleiben.

Verkehrslandeplatz

Wir sprechen uns für die Schließung des Verkehrslandeplatzes in Neuostheim aus. Das frei werdende Gelände soll als Frischluftschneise/Landschaftspark vorgehalten werden. Gegen den Flugplatz in Mannheim sprechen unter anderem Sicherheits- und Umweltbedenken, der Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner und das Defizit, das sein Betrieb dem städtischen Haushalt indirekt beschert. Aus den gleichen Gründen lehnen wir auch einen alternativen Standort im Stadtgebiet ab. Die Fahrzeit zum Flughafen Frankfurt/Main beträgt mit dem ICE etwa eine halbe Stunde. Mannheim ist damit optimal an den internationalen Flugverkehr angeschlossen. Auch der Geschäftsflugverkehr kann über nahe gelegene Flughäfen zufriedenstellend abgewickelt werden.

BILDUNG

Inklusion

Die Stadt muss mehr für die Inklusion tun. So müssen alle Schulgebäude nach und nach barrierefrei umgebaut werden. Unser Ziel ist es, dass bis 2019 alle Grundschulen und ein großer Teil der weiterführenden Schulen durchgängig inklusiv arbeiten. Wir wollen für die weiterführenden Schulen, die oftmals noch sehr zurückhaltend sind, Anreize setzen und Modellschulen für Inklusion entwickeln.

Schullandschaft

Das Schulsystem in Mannheim steht insgesamt vor erheblichen Veränderungen. Der Rückgang der Schülerzahlen und ein anderes Schulwahlverhalten erfordern eine andere Schullandschaft. Während die Grundschulen kaum betroffen sein werden, werden zukünftig weniger weiterführende Schulen benötigt. Wir werden sorgfältig auswählen und dann klar benennen, an welchen Standorten es noch Werkrealschulen braucht und wie wir die Standorte ohne

Werkrealschule stärken, wobei für uns der Wunsch nach längerem gemeinsamen Lernen mit der Möglichkeit, alle Abschlüsse zu erreichen, Priorität hat. Bilinguale Profile an weiterführenden Schulen wollen wir ausbauen. Auch bei den beruflichen Schulen sind Veränderungen unumgänglich. Wir brauchen ein effektives Übergangssystem in den Beruf. Das Angebot muss so ausgestaltet sein, teilweise auch in modularer Weise, dass die Ausbildungsgänge tatsächlich in den Arbeitsmarkt oder zu einem höheren Schulabschluss führen. Dementsprechend unterstützen wir den Modellversuch des Landes der Einführung einer Einstiegsqualifizierung in dualer Form.

Ganztages- und Gemeinschaftsschulen

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau von Ganztagesschulen ein und wollen dabei die Betreuungszeiten an die Arbeitszeiten der Eltern anpassen, das heißt zeitlich ausweiten. Wir wollen in jedem Jahr eine neue Ganztagesgrundschule einrichten und bis 2019 auch drei weiterführende Schulen zu Ganztagesschulen ausbauen. Dabei setzen wir klar auf die gebundene Form mit rhythmisiertem Unterricht, weil diese Form die beste Entwicklung der Kinder und Jugendlichen ermöglicht. In Einzelfällen kann auch die teilgebundene Form eingerichtet werden. Zentral beim Umbau des Mannheimer Schulsystems ist die Einrichtung weiterer Gemeinschaftsschulen, die zudem einen neunjährigen Weg zum Abitur bieten. Wir betrachten das längere gemeinsame Lernen als ein Zukunftsmodell, wobei wir ganz klar darauf setzen, zukünftig insbesondere Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe, zum Bespiel im Mannheimer Süden, einzurichten – unter der Bedingung aber, dass die Schülerzahlen ausreichen.

Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit gehört für uns an jede Schule, auch an Berufliche Schulen und Sonderschulen. Wir wollen bis 2019 dafür sorgen, dass jede Schule entsprechend versorgt ist. Das Mannheimer Unterstützungssystem Schule (MAUS) leistet noch nicht den Abbau von Bildungsbenachteiligung, den wir erwarten. Dementsprechend wollen wir MAUS umgestalten.

Verpflegung

Gesunde Ernährung in der Schule halten wir für besonders wichtig. Wir wollen an weiteren Schulen Mensen mit frisch gekochtem Essen einrichten. Auch bei den weiteren Verkaufsstellen an Schulen sollen gesunde Lebensmittel Kern des Angebots sein.

Schulleitung

Wir wollen erreichen, dass bei der Besetzung von Schulleitungsstellen die Rolle von Schulkonferenz und Bildungsausschuss gestärkt wird. Wenn diese Gremien sich einig sind, darf es keine Besetzung durch das Regierungspräsidium an deren Voten vorbei geben.

Schulsanierung

In Schulgebäude wurde in Mannheim über Jahrzehnte nicht genügend investiert. Wir haben erfolgreich darauf gedrängt, dass sich das ändert. Noch ist der Investitionsstau aber groß. Weiterhin müssen Millionen in die Gebäude und die Ausstattung von Schulen investiert werden. Wir unterstützen dass die Schulgebäude von der stadteigenen BBS GmbH betrieben werden. Wir werden darauf drängen, dass die Stadt die notwendigen Gelder zur Verfügung stellt und die Verantwortlichkeiten zwischen Stadt und Bau- und Betriebsservice (BBS) eindeutig geregelt sind und dass die Sanierungsrücklagen für spätere Jahre nicht anderweitig verwendet werden. Außerdem werden wir auf die energetisch hochwertige Sanierung von Schulgebäuden achten. Das erfüllt eine Vorbildfunktion und spart mittel- und langfristig erheblich Unterhaltskosten.

Privatschulen

Wir setzen uns für ein gutes und starkes öffentliches Schulsystem ein. Unser Ziel ist und bleibt, dass der ganz überwiegende Teil der Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernt. Privatschulen können eine gute Ergänzung des Schulsystems sein, gerade auch als Herausforderung für das öffentliche Schulsystem, was pädagogische Neuerungen betrifft. Wir wollen aber dafür sorgen, dass die öffentlichen Schulen darauf reagieren und ihrem umfassenden Versorgungsauftrag gerecht werden.

Bildung auf allen Wegen

Eine ganz wichtige Bildungsinstitution unserer Stadt ist die Mannheimer Abendakademie, die deutschlandweit zu den besten Volkshochschulen gehört. Wir wollen diese Institution unterstützen, insbesondere im Bereich ihres Kernauftrags. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, den zweiten Bildungsweg auszubauen und zu stärken. Menschen, die auf dem zweiten Bildungsweg Schulabschlüsse nachholen, stehen oft vor großen Herausforderungen. Wir wollen ihnen diesen Weg erleichtern, indem begleitende Unterstützung eingerichtet wird und die Gebühren weiter gesenkt werden. Ebenso ist uns die Bekämpfung von Analphabetismus ein besonderes Anliegen. Dass deutschlandweit etwa 10 Prozent der Bevölkerung nicht ausreichend lesen und schreiben können, ist ein weithin ignoriertes Problem. Wir stellen uns der Verantwortung für die Alphabetisierung und wollen entsprechende Maßnahmen unterstützen. Die lokalen Arbeitgeber und die Agentur für Arbeit werden wir dabei in die Verantwortung nehmen.

Bibliothek und Musikschule

Wir setzen uns für einen Neubau der Stadtbibliothek mit moderner Konzeption ein. Die Auswahl des neuen Standorts muss nach bildungspolitischen Aspekten erfolgen. Gleichzeitig wollen wir die Stadtteilbüchereien erhalten und weiter stärken. Auch die Raumprobleme der Musikschule wollen wir angehen und die angefangene Renovierung zu Ende bringen. Musikalische Bildung wollen wir allen Kindern und Jugendlichen zugänglich machen.

Wissenschaft und Hochschulen

Wir setzen uns ein für die nachhaltige Förderung und Stärkung des Wissenschafts- und Hochschulstandortes Mannheim mit einem vielfältigen und breiten Studienangebot sowie mit attraktiven Rahmenbedingungen für Einrichtungen und für Studierende. Wir unterstützen die Ansiedlung der Dualen Hochschule im Glückstein-Quartier.

Zur Hochschul- und Universitätspolitik in Mannheim gehört für uns auch die Förderung ihrer gesellschaftlich-sozialen Funktion hinsichtlich lebenslangen Lernens und der Qualifizierung in berufsbegleitenden Studiengängen und spezifischen Weiterbildungsmaßnahmen für breite Bevölkerungsschichten, das meint unter anderem den Zugang für Menschen mit Berufserfahrung in Handwerk, Wirtschaft und Industrie. Von diesen Einrichtungen, ihren Forschenden, Lehrenden und Studierenden gehen wertvolle Impulse für den öffentlichen Diskurs und für die Entwicklung unserer Stadt aus, zum Beispiel in den Bereichen nachhaltige Mobilität, ökologische Stadtentwicklung, neue Wohnformen und moderne Stadtgesellschaft.

Im Rahmen der Konversion wünschen wir uns eine enge Kooperation und Abstimmung mit den Hochschulen und weiteren Trägern der Weiterbildung, um sowohl deren Bedürfnisse berücksichtigen zu können als auch deren kreatives Potential zu nutzen. Die Konversion ist eine Riesenchance für die Schaffung erschwinglichen studentischen Wohnraumes und öffentlicher Räume für den Austausch von Stadtgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. Die regionale Wirtschaft ist auf Innovationen und Wissens- und Technologietransfer aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen angewiesen, der gegenseitige Austausch befördert Synergieeffekte und trägt zur Zukunftsfähigkeit der hiesigen Unternehmen bei. Diesen Austausch wollen wir gezielt unterstützen.

KINDER UND JUGEND

Öffentliche Aufgabe

Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt – das ist unser Anspruch. Hilfen und Angebote für Kinder, Jugendliche und Eltern sind nicht irgendeine Aufgabe unter vielen anderen öffentlichen Verpflichtungen. Sie sind auch nicht nur ein wirtschaftsfreundlicher Standortfaktor im Sinne der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit oder ein schulergänzender Faktor zur Schaffung von Bildungsgerechtigkeit im Hinblick auf Schulabschlüsse und berufliche Entwicklungschancen. Zuallererst ist die öffentliche Achtsamkeit und vordringliche Sorge für förderliche Entwicklungsbedingungen und die Bereitstellung qualifizierter Angebote von den frühen Hilfen über Krippen- und Kindertagesbetreuungsplätzen bis hin zum Jugendtreff/ Haus oder Jugendverband sowie der Jugendberufshilfe ein Recht der Kinder und Jugendlichen selbst. Dies kommt bisher deutlich zu kurz, gehört aber in das Zentrum der Debatten.

Qualität in der Erziehung

Qualität in der Erziehung ist unabdingbar und vermindert Folgekosten: Das grundsätzliche Anrecht von Kindern und Jugendlichen auf Qualität in der Betreuung treibt unseren vehementen Einsatz für hohe Qualitäts- und Personalstandards in allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Jeder in diesem Bereich eingesetzte Euro ist gut investiert in die Zukunft. Wir gehen also von einem weiten Bildungs- und Entwicklungsbegriff aus, der erzieherisches Handeln als Hilfe zur Selbstentfaltung auf der Grundlage verlässlicher und achtsamer

persönlicher Bindungen zu konstanten Bezugspersonen versteht. Und dies gleich welchen Geschlechts, Rasse, Religion oder Herkunft und gleich welcher körperlicher, seelischer oder geistiger Ausgangsbedingungen. Das bedeutet Inklusion. Das so verstandene erzieherische Handeln von Familien und professionell Erziehenden zu unterstützen und die dabei notwendigen verlässlichen Angebote zu fördern und, wo nötig, zu qualifizieren, steht im Mittelpunkt unserer Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Die Qualität der Angebote in unserer Stadt wollen wir in den kommenden Jahren weiterentwickeln. Dazu gehören für uns eine ausreichende Ausstattung mit Fachkräften, die kontinuierliche Evaluation und Weiterentwicklung der pädagogischen Konzepte, eine gesunde Ernährung mit einem möglichst hohen Anteil an regionalen und biologisch erzeugten Lebensmitteln, großzügige Außenflächen und Naturerfahrungsmöglichkeiten.

Frühe Hilfen

Hier ziehen viele Akteure aus verschiedenen Professionen an einem Strang. Es geht um die Koordination und Kooperation zwischen Jugendamt, Fachbereich Gesundheit, Geburtskliniken, Kinderärztinnen und -ärzten sowie Eltern-Kind-Zentren, um nur einen Teil zu nennen. „Willkommen im Leben“ ist präventiv: Hier besuchen Hebammen Eltern von Neugeborenen und informieren über die verschiedenen Angebote. Dieser präventive Ansatz wird vom Großteil der Eltern angenommen. Daher engagieren wir uns für den weiteren Ausbau der frühen Hilfen vor allem in ihren aufsuchenden Formen.

Erzieherinnen- und Erzieherberuf

Erzieherische Berufe stellen Weichen für die Zukunft. Ihre mangelnde Wertschätzung jedoch, auch in Form nicht angemessener Vergütung, ist eine wesentliche Ursache für den Fachkräftemangel in diesem Bereich. Dem wollen wir begegnen durch eine Höhergruppierung aller Erzieherinnen und Erzieher nach dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) Entgeltgruppe S8 sowie durch die Schaffung von vergütungsrelevanten beruflichen Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten durch entsprechende Qualifizierungen. Neben dem Ausbau der Praxisintegrierten Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher (PIA) für alle Träger der Kinder- und Jugendhilfe ohne Anrechnung der PIAs auf den Stellenschlüssel ihrer Praxiseinsatzorte, setzen wir uns für die Schaffung eines Studienganges „Frühe Kindheit“ an der Hochschule Mannheim (duales Studium) sowie für sozial- oder heilpädagogische Einrichtungsleitungen mit entsprechender Vergütung ein.

Ausbau von Eltern-Kind-Zentren

Die Schaffung von Eltern-Kind-Zentren ist unser Erfolg. Dort, wo Inklusionsaufgaben, intensive Förderung der Kinder, intensive Elternarbeit oder die Koordination interdisziplinärer Hilfen notwendig sind, brauchen wir Eltern-Kind-Zentren. Eine qualifizierte Elternarbeit mit Familien in komplexen Problemlagen erfordert eine hohe Interdisziplinarität. Diese sehen wir

weiterhin am besten im Kontext von Eltern-Kind-Zentren gewährleistet, für deren sukzessiven Ausbau wir uns weiter stark machen.

Betreuungsanspruch

Familien haben einen Anspruch auf Betreuung – und zwar auf qualifizierte Betreuung in der Krippe, in der Kindertagesstätte, im Hort oder am besten in einem Kinderhaus. Das ist eine wichtige Zukunftsaufgabe für jede Kommune. Mütter und Väter wollen und müssen Familie und Beruf vereinbaren. Auch die Wirtschaft hat dies erkannt. Betreuungsplätze sind heute ein harter Standortfaktor. Es gilt, Betreuungsplätze zu schaffen, die einen guten Standard haben. Notlösungen können nur die absolute zeitlich befristete Ausnahme bleiben. Infolge der Arbeitszeiten der heutigen Arbeitswelt setzen wir uns für die generelle Verlängerung der Öffnungszeiten von Einrichtungen ein und werden auch eine 24-Stunden-Kita für Eltern mit Schichtarbeit prüfen.

Kooperation

Zusammen denken, was zusammen gehört: Mittlerweile sind die Nachteile der starren Ausgestaltung unserer Sozialgesetzgebung hinlänglich bekannt. Diese können letztlich nur auf Bundesebene behoben werden. Dennoch wollen wir uns weiterhin auch auf kommunaler Ebene darum bemühen, die Schnittstellenprobleme insbesondere zwischen Sozialgesetzbuch (SGB) VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) und SGB XII (Eingliederungshilfen) weniger konkurrierend und mehr kooperativ zu gestalten. Zunächst müssen Hilfen definiert und gewährleistet werden, und erst dann sollten die Kostenträger sich über die Finanzierung einigen. Ohne die Familien auf die Reise durch die Behörden zu schicken.

Jugendamt

Mannheim braucht ein starkes Jugendamt, es hatte viel zu lange unter einer unterbesetzten Leitungsstruktur zu leiden. Die personellen, technischen und organisatorischen Arbeitsbedingungen im Jugendamt müssen sich auch nach der Ausgliederung des Kindertagesbetreuungsbereiches in einen eigenen Fachbereich schnell und nachhaltig verbessern, damit das Jugendamt seinen grundlegenden Aufgaben des Kindesschutzes, der Hilfen zur Erziehung, der Jugendförderung und der Jugendhilfeplanung nachkommen kann. Zur Gestaltung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfelandschaft gemeinsam mit den freien Trägern braucht es Ressourcen für eine nachhaltige Jugendhilfeplanung. Nur so können die notwendigen ambulanten und stationären Hilfen in der Region realisiert werden. Viel zu viele Mannheimer Kinder müssen immer noch weit ab von zu Hause betreut werden, weil geeignete Maßnahmen hier in der Region nicht vorhanden sind, das ist ein Armutszeugnis. Gerade in Stadtteilen mit hohen Problemlagen darf an qualitativen Angeboten nicht gespart werden. Wer nicht am Anfang investiert, verschiebt hohe Folgekosten in die Zukunft.

Prävention wirkt

Grenzen auszutesten ist für pubertierende Jugendliche normal. Dem Alkoholkonsum über jedes verantwortbare Maß hinaus bis zur Alkoholvergiftung muss entgegen gewirkt werden. Präventionsangebote wie „HaLT – Hart am Limit“ zeigen Wirkung und müssen in der ganzen Metropolregion ausgebaut werden. Wir fordern eine langfristig angelegte Sozial- und Präventionsarbeit und die Stärkung proaktiver Maßnahmen.

Musikalische Früherziehung (MUKI)

Musikalische Früherziehung in Kindertagesstätten, ein Angebot, das von uns angeregt wurde, ist ein Erfolgsmodell. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses Angebot erhalten und ausgebaut wird.

Kinderbetreuung in der Metropolregion

Wir fordern eine Änderung des Staatsvertrages der Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen zur Metropolregion Rhein-Neckar, um die Zusammenarbeit in Fragen der Kinder- und Jugendhilfe zu erleichtern, gerade auch im Bereich der Sicherstellung und Finanzierung der Kindertagesbetreuung in der Region.

Jugendliche

Jugendliche sind das Salz in der Suppe. Und sie sind inzwischen eine „Minderheit“ in unserer Gesellschaft. Oft werden sie nur als Störfaktor gesehen. Unsere Gesellschaft ist dafür verantwortlich, ihnen einen guten Weg zu ebnen. Jugendliche benötigen für ihre Entwicklung außerschulische Freiräume, in denen sie Verantwortung und selbstmotiviertes Engagement übernehmen. Jugendverbände und Jugendförderung haben hier traditionell eine starke Rolle inne, die auch und erst recht in Zeiten des demografischen Wandels gesichert werden muss. Daher muss zum Beispiel der Ausbau der Jugendtreffs weiter gefördert werden, bis in jedem Stadtteil alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu einem Jugendtreff oder einem Jugendhaus haben. Wir wollen Jahr für Jahr einen weiteren Jugendtreff auf den Weg bringen. Ebenso soll jährlich für einen weiteren Stadtteil die planerische Verankerung einer Spielleitplanung erfolgen, um Kindern und Jugendlichen den angemessenen Freiraum in unserer Stadt zu sichern. Spielleitplanung ist eine Form der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, bei der Wege und Räume zuerst identifiziert und dann im Rahmen der Bauplanung reserviert werden müssen. Kinder und Jugendliche benötigen verlässliche und achtsame Erwachsene, die ihre Entwicklung fürsorglich begleiten und unterstützen. Sie brauchen aber auch die Möglichkeit, sich bei allem angemessen beteiligen zu können, was direkt ihr Leben betrifft. Daher befürworten wir die Fortsetzung der Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse und setzen uns für ihre Verankerung als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern unserer Stadt ein. Das stärkt den präventiven Ansatz, den wir konsequent weiterverfolgen wollen. Denn unser oberstes Ziel bleibt, dass Kinder in unserer Stadt zu starken, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten heranwachsen.

SOZIALES

Einstieg in den Beruf

Ein wichtiger Bereich der Sozialpolitik ist es, jungen Menschen den Einstieg in den Beruf zu ermöglichen. Hier muss in unserer Stadt mehr geschehen. Wir wollen daher die Teilzeitausbildung für Alleinerziehende ausbauen, junge Menschen mit Schwierigkeiten in der Ausbildung durch Ausbildungsbegleitung unterstützen und Produktionsschulen einrichten für Jugendliche, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben.

Schuldnerberatung und Prävention

Neben der klassischen Schuldnerberatung gilt es, den präventiven Ansatz gerade bei jüngeren Menschen zu stärken. Ersten Überschuldungstendenzen von jüngeren Menschen muss entgegen gewirkt werden. Handykosten, Interneteinkäufe, erste Anschaffungen auf Ratenzahlungen – alles Möglichkeiten, in die Schuldenfalle zu tappen. Präventionsarbeit schon in Schulen ist daher ein Ansatz, junge Menschen vor der Schuldenspirale zu schützen. Wir wollen eine gemeinsame Vereinbarung mit den Kreditinstituten und der Wirtschaft über die gemeinsame Finanzierung der Schuldnerberatung erreichen und über einen Ausbau des Angebots die Wartezeiten für Ratsuchende deutlich verkürzen.

Bürgerinnen und Bürgerkonto/Pfändungskonto

Wir fordern, dass jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht und die Möglichkeit hat, ein Basisgirokonto auf Guthabenbasis zu führen. Bereits heute haben Bankkundinnen und Bankkunden den Anspruch, dass ein bestehendes Girokonto in ein Pfändungsschutzkonto umgewandelt wird. Das löst aber nicht das Problem der vielen kontolosen Bürgerinnen und Bürger. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Banken, und insbesondere die Sparkasse Rhein Neckar Nord, die in Trägerschaft der öffentlichen Hand ist, für die Möglichkeit werben, ein Konto einzurichten. Die Möglichkeit, ein Pfändungsschutzkontozu eröffnen, muss jedem Bürger eröffnet werden.

Armut

Noch immer ist jedes fünfte Kind und jeder vierte Jugendliche von Armut betroffen. Wir fordern einen Armuts- und Reichtumsbericht für die Metropolregion Rhein-Neckar. Er zeigt auf, was an welcher Stelle getan werden muss. Der dritte Teilhabeplan „Soziale und gesellschaftliche Teilhabe“ steht noch aus, wir fordern seine zügige Erstellung und Umsetzung. Mit der Einführung des von uns geforderten „Familienpass plus“ ist vielen Menschen mit geringem Einkommen eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass beispielsweise die Bildungsgutscheine für Kurse bei der Abend-

akademie ausgebaut werden und dass weitere Angebote in den „Familienpass plus“ aufgenommen werden, da das Bildungs- und Teilhabepaket nicht alles abdeckt. Dieses Bildungs- und Teilhabepaket ist außerdem ein bürokratisches Ungetüm und gehört aus diesem Grund reformiert. Das neu eingeführte Sozialticket ist ein guter Anfang, unser Ziel jedoch ist ein subventioniertes Monatsticket, und zwar für den ÖPNV in der gesamten Metropolregion Rhein-Neckar.

Inklusion

Durch die UN-Konvention Inklusion, die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen garantiert, hat sich vieles in den Köpfen der Menschen verändert. Jetzt gilt es den Gedanken der Inklusion zu begleiten und Stück für Stück umzusetzen. Mit dem Aktionsplan „Mannheim – auf dem Weg zur behindertenfreundlichen Stadt“ und dem Teilhabeplan „Teilhabe am Arbeitsleben und Wohnen“ wurden Pläne von der Arbeitsgemeinschaft Eingliederungshilfe erarbeitet und im Gemeinderat verabschiedet. Jetzt ist es wichtig, zusammen mit den Betroffenen die vielfältigen Handlungsempfehlungen Schritt für Schritt umzusetzen. Der dritte Teilhabeplan „Soziale und gesellschaftliche Teilhabe“ steht noch aus, wir fordern seine zügige Erstellung und Umsetzung. Um auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in privaten Einrichtungen wie Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie Barrierefreiheit voranzubringen, werden wir einen Investitionsfonds auflegen, der diesbezügliche Umrüstungen und Umbauten anteilig fördert.

Zuwanderung aus Südosteuropa

Im Juli 2012 beantragte die Gemeinderatsfraktion ein Integrationskonzept und im Oktober 2012 haben wir gemeinsam mit den Bezirksbeirätinnen und -beiräten eine Resolution zur Zuwanderung aus Südosteuropa erarbeitet. Wir wollen, dass diese Menschen in Mannheim ein Zuhause finden und Chancen auf eine Zukunft bekommen. Die Integration der Zuwanderer muss, auch nach dem freien Zugang zum Arbeitsmarkt, mit Integrationskonzepten und Maßnahmeplänen gezielt organisiert werden. Diese Menschen kommen oft aus schwierigen Lebensbedingungen und suchen neue Chancen und eine Zukunft. Menschenwürdiges Wohnen, Arbeit, Gesundheit, Bildungsteilhabe, Schutz vor Ausbeutung, Zusammenleben im Stadtteil, die Überwindung von Sprachbarrieren und die Beratung zu den wichtigsten Themen des Alltags und des Lebens in Mannheim sind dabei erste Schritte. Die Finanzierung dieser Maßnahmen muss gesichert werden: durch die Stadt, aber auch durch Land, Bund und EU. In der Stadtverwaltung ist die Zuwanderung aus Südosteuropa weiterhin durch Arbeitskreise in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Zuwanderer und in den Bezirksbeiräten der jeweiligen Stadtteile als wichtiges Thema der Stadtgesellschaft zu behandeln. Die Maßnahmen müssen regelmäßig auf ihren Erfolg hin überprüft werden.

Flüchtlinge

Im letzten Jahr stellte Mannheim als eine der ersten Städte überhaupt von Sach- auf Geldleistungen für Flüchtlinge um. Essenspakete und Lagershops gehören seitdem der Vergangenheit an. Ein weiterer Schritt muss sein Flüchtlingen zu ermöglichen, aus den Gemeinschaftsunterkünften auszuziehen, um in normalen Wohnungen im ganzen Stadtgebiet eine würdige Unterkunft zu finden. Mannheim hat die größte Sammelunterkunft in Baden-Württemberg, und das in einem ganz ungeeigneten Gebäude, das nun endlich gekündigt wurde. Alle Flüchtlinge, die dies wollen und können, sollen einer regulären Arbeit nachgehen können und eine Schule besuchen dürfen. Auch die zügige Prüfung und Anerkennung der beruflichen Qualifikationen, die Förderung und Vermittlung in berufliche Ausbildungswege oder Studium sowie die Teilnahme an Deutsch- und Orientierungskursen sind nötig. Dazu gehört auch die zügige Prüfung und Anerkennung der beruflichen Qualifikationen, die Förderung und Vermittlung in berufliche Ausbildungswege oder Studium sowie die Teilnahme an Deutsch- und Orientierungskursen. Unzumutbare riesige Lagerunterkünfte und die Residenzpflicht sind abzuschaffen. Freie Träger und Initiativen betreuen und begleiten Flüchtlinge; dies wollen wir auch in Zukunft gewährleistet wissen.

Quartiermanagement

Quartiermanagement muss auch weiterhin in Mannheim Bestand haben, es leistet in den einzelnen Stadtteilen nach wie vor eine hervorragende Arbeit und steht für ein gutes Zusammenleben sowie unterstützende Problemlösung.

Älter werden

Älter werden wird oft negativ bewertet. Es kann aber auch bedeuten, dass man loslassen und das Wort Freiheit neu für sich definieren kann. Seniorentreffs sind ein wichtiger Ort für soziale Kontakte, für Fort- und Weiterbildung, für sportliche Aktivitäten und selbstbestimmtes und oft auch ehrenamtliches Engagement. Daher halten wir einen Seniorentreff in jedem Stadtteil für wichtig. Mehrgenerationenhäuser fördern das gegenseitige Verständnis von Alt und Jung. Präventionsangebote wie Sturzprävention und Gesundheitsförderung in den eigenen vier Wänden können helfen, dort bis ins hohe Alter wohnen zu können und damit im Stadtteil zu bleiben und die sozialen Kontakte nicht zu verlieren.

GESUNDHEIT

Gesundheitskonferenz

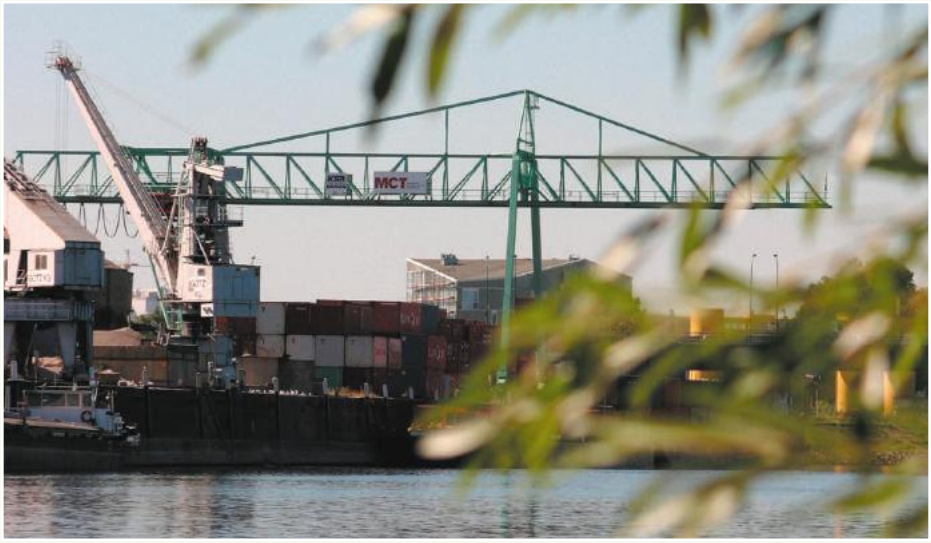
Mit der Etablierung der so genannten Gesundheitskonferenzen hat die baden-württembergische Landesregierung einen innovativen Weg gewählt, die für körperliche, geistige und seelische Gesundheit im weitesten Sinne bedeutsamen Akteure und Institutionen interdisziplinär besser zu vernetzen. Der Fachbereich Gesundheit der Stadt Mannheim hat ebenfalls einen ersten Aufschlag gemacht, der die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt unter der Perspektive Gesundheit intensiver in den Blick genommen hat. Krankenversicherung und -versorgung für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien, frühe Hilfen, Suchtprävention und Frühintervention sowie bessere Zusammenarbeit von Kindergarten, Schule, Jugendhilfe und Gesundheitswesen bleiben über diese erste kommunale Gesundheitskonferenz weiter auf der Agenda, auch wenn noch viele andere Gesundheitsthemen der Aufmerksamkeit durch eigene Gesundheitskonferenzen bedürfen. Wir wollen eine Verstetigung dieser Vernetzungsprozesse, damit nicht nur alte Strukturen entfallen, sondern die neuen Formen echte Wirkung entfalten.

Barrierefreiheit

Es gibt noch viel zu tun, damit Mannheim wirklich barrierefrei und inklusiv wird. Denn echte Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Raum und eine Kultur selbstverständlicher Inklusion im Alltag sind kein sozialer Luxus, sondern gerade in Zeiten des demographischen Wandels und der Herausforderung durch große Konversionsaufgaben notwendige Merkmale einer auf Lebendigkeit, Kreativität und Wachstum ausgerichteten Stadt.

HIV und AIDS

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit HIV und AIDS und die diesbezüglichen Initiativen und Beratungsstellen angemessen unterstützt werden. Die finanzielle Unterstützung muss auf das Niveau anderer baden-württembergischer Großstädte angehoben werden und für alle Gruppen von Betroffenen Angebote machen.



FINANZEN

Städtischer Haushalt

Wir wollen den Mannheimer Haushalt ins Gleichgewicht bringen. Dies wird jedoch nicht durch einseitige Haushaltsstrukturprogramme mit Einsparungen nach der „Rasenmähermethode“ gelingen. Wir sind in der Pflicht, die eigenen Ausgaben zu überprüfen, müssen aber auch dafür Sorge tragen, dass die Einnahmenbasis der Kommunen grundsätzlich gestärkt wird. Der Bund muss die durch seine Politik verursachten massiv steigenden Sozialausgaben der Kommunen übernehmen. Ohne dies wird es auch in Mannheim keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt geben. Der Gemeinderat hat die Steuerung des städtischen Haushalts über ein Zielsystem beschlossen. Dieses Steuerungsinstrument weckt in der Theorie große Hoffnungen, denn es verspricht eine wesentlich wirkungsorientiertere Steuerung. Wir werden die Erprobung kritisch begleiten. Bringt das Zielsystem keine echten Verbesserungen oder bringt es gar eine Verringerung des Einflusses des Gemeinderates mit sich, werden wir beantragen, dieses Instrument wieder abzuschaffen.

Infrastruktur

Deutlich zu lange haben CDU und SPD viel zu wenig in den Erhalt der Infrastruktur in Mannheim investiert. Das rächt sich nun durch Verfall und signifikant höhere Sanierungskosten. Insgesamt müssen wir in Mannheim nun spürbar mehr in den Erhalt unserer Infrastruktur

investieren. Man muss sich nur einmal die Zahlen vor Augen führen: Bei einem Haushaltsvolumen von durchschnittlich etwas mehr als 1 Milliarde Euro hat sich ein Sanierungsvolumen allein bei den Schulen von über 300 Millionen Euro angehäuft. Hinzu kommt der Sanierungsstau bei anderen städtischen Gebäuden und Einrichtungen, bei Grünflächen, Brücken, Straßen und vilem mehr. Für uns ist deshalb klar: Die Erhaltung vorhandener Infrastruktur hat für uns Priorität vor Neubauten und vor neuen Großprojekten. Wir müssen den teilweise jahrzehntelangen Sanierungsstau auflösen. Dabei wollen wir auf die energetische Sanierung zur langfristigen Energieeinsparung und damit Kostensenkung einen besonderen Fokus legen.

Großprojekte

Großprojekten und Großevents stehen wir skeptisch gegenüber, wenn sie auch im Einzelfall eine Bereicherung darstellen können. Großprojekte und -events müssen für uns auf jeden Fall in einem besonders guten Verhältnis von positivem und dauerhaftem Ertrag und den durch sie verursachten Kosten stehen. Schließlich werden sie sehr oft deutlich teurer als geplant. Wir werden darauf achten, dass sich Mannheim nicht in Großprojekten und- events verzettelt und darüber den Blick (und das Geld) für das Wesentliche verliert. Augenmaß soll uns leiten, nicht Maßlosigkeit. So werden wir bei den konkreten Planungen für die Bundesgartenschau genau auf die Kosten achten und behalten uns vor, gegebenenfalls unsere Zustimmung zu verweigern.

Steuern

Unser Ziel ist es, die kommunalen Steuern weitestgehend stabil zu halten. Voraussetzung dafür ist aber eine deutlich bessere kommunale Finanzausstattung durch den Bund. Langfristig streben wir in der Metropolregion Rhein-Neckar erstens einen gemeinsamen Gewerbesteuerhebesatz und zweitens einen Finanzausgleich zwischen Zentren und Umland an. Mannheim unterhält zahlreiche große Einrichtungen und Infrastruktur, von denen die gesamte Metropolregion profitiert. Dass die Finanzierung bisher so gut wie alleine durch die Stadt Mannheim getragen wird, wollen wir ändern.

Beteiligungshaushalt

Wir wollen eine breite und demokratische Debatte um die Finanzen unserer Stadt, deshalb müssen wir erstens die Haushaltshoheit gegenüber der Verwaltung wahren und werden uns für die Einführung eines Bürgerhaushaltes einsetzen. CDU, SPD und die Stadtspitze mit dem Oberbürgermeister haben sich davor gedrückt. Wir wollen dem gegenwirken und unseren Bürgerinnen und Bürgern durch den Beteiligungshaushalt mehr Transparenz in die Stadtfinanzen gewähren, indem wir ihnen die Möglichkeit geben, an städtischen Finanzentscheidungen teilzuhaben und Vorschläge einzubringen, wie unter anderem Steuergelder in ihrer Stadt investiert werden sollen. Gemäß den Vorbildern von Freiburg Tübingen und Stuttgart wollen wir die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der kommunalen Haushaltspolitik stärken.

Kommunale Unternehmen

Wir setzen auf kommunale Unternehmen in der Daseinsvorsorge. Den Verkauf kommunaler Unternehmen wie der Wohnungsbaugesellschaft GBG oder des Klinikums lehnen wir ab. Wir möchten die Transparenz kommunaler Unternehmen verbessern und plädieren dort, wo städtische Zuschüsse an Unternehmen fließen, beziehungsweise umgekehrt, Gewinnbeteiligungen an die Stadt, für einen klaren Ausweis in den Veröffentlichungen von Stadt und Beteiligungsunternehmen. Einzelne Beteiligungen und Beteiligungsstrukturen wollen wir kurz- und mittelfristig umstrukturieren. So wollen wir den Verkehrslandeplatz in Neuostheim schließen und im Zuge dessen die Rhein-Neckar-Flughafen-Gesellschaft auflösen. Der Flugplatz ist eine Belastung der städtischen Finanzen. Wir setzen überdies auf eine demokratische Kontrolle der städtischen Unternehmen und Beteiligungen. Es kann nicht sein, dass diese nur durch Aufsichtsräte kontrolliert und gesteuert werden, der Gesamtgemeinderat jedoch außen vor bleibt. Vor allem bei den großen Gesellschaften im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge wie Energie, Wohnen, Verkehr und Gesundheit wollen wir die Geschäftspolitik innerhalb des Gemeinderates diskutieren und gegebenenfalls darauf Einfluss nehmen. Bei der Besetzung der Aufsichtsräte sollen in Zukunft von allen Fraktionen vermehrt externe Fachleute berücksichtigt werden. Hierbei wollen wir Vorbild sein. Mittelfristig wollen wir eine Frauenquote bei der Besetzung der Aufsichtsräte.

Finanz- und Schuldenmanagement

Beim kommunalen Finanz- und Schuldenmanagement gibt es mit uns keine Spekulationen. Kredit- und Zahlungsrisiken werden wir selbstverständlich weiterhin absichern. Einen darüber hinausgehenden Einsatz von Finanzderivaten lehnen wir strikt ab. Es ist nicht Aufgabe einer Kommune, auf die Entwicklung von Zinssätzen zu wetten. Derartige Risiken sind mit uns prinzipiell nicht zu machen.

Sparkasse Rhein Neckar Nord

Wir erwarten, dass sowohl die Sparkasse als auch Genossenschaftsbanken und private Kreditinstitute sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellen. Gesellschaftliche Teilhabe funktioniert heute nur mit eigenem Girokonto. Wir wollen sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt Zugang zu einem Konto, zumindest auf Guthabenbasis, haben. Darüber hinaus wollen wir mit den Kreditinstituten und der Wirtschaft eine Vereinbarung über die gemeinsame Finanzierung der Schuldnerberatung treffen. Bei der Sparkasse Rhein Neckar Nord wollen wir dabei den Einfluss der Stadt Mannheim als Mitgewährträgerin geltend machen.

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Wirtschaftsstandort Mannheim

Für die Zukunft unserer Stadt wird es entscheidend sein, ob die hiesigen Unternehmen, sowohl Großindustrie, Mittelstand, Handwerk als auch der Einzelhandel, den notwendigen ökologischen Strukturwandel erfolgreich bewältigen, oder ob die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft und damit die Wirtschaft und Arbeit der Zukunft andernorts stattfindet.

Wir befürworten die neue wirtschaftspolitische Strategie der Stadt Mannheim, an deren Entwicklung wir mitgearbeitet haben. Wir wollen den traditionsreichen Industriestandort Mannheim zu einer modernen Wirtschaftsmetropole weiterentwickeln, die neben den traditionellen Industrien von der Dynamik der kleinen und mittleren Unternehmen in neuen Zukunftsbranchen geprägt sein wird. Eine große Chance dafür bieten die Konversionsflächen: Sie bieten einerseits attraktiven Wohnraum für Fachkräfte aus aller Welt und andererseits ideale Standorte für junge oder expandierende Unternehmen. Wirtschaftsförderung bedeutet für uns nicht, möglichst schnell viel Fläche an Unternehmen zu vergeben (Stichwort: Logistikzentren), sondern Ansiedlungspolitik für die Arbeitsplätze von morgen. Deshalb setzen wir uns für ein Existenzgründungszentrum unter dem Dach der Mannheimer Existenzgründerzentren auf dem Gelände der Coleman Barracks ein, und zwar mit dem Schwerpunkt Energiewirtschaft und Speichertechnologien – eine ideale Ergänzung in der Nachbarschaft zu einem von uns favorisierten Energiemusterpark im Norden Mannheims. Ganz besonders wollen wir uns für Ansiedlungen aus den Branchen Niedrigenergie und Biotechnologie einsetzen.

Gründungsförderung

Die zielgruppengenaue Existenzgründerinnen- und Exitenzgründerförderung in Mannheim ist eine Erfolgsgeschichte, die wir zur Steigerung der wirtschaftlichen Dynamik unserer Stadt fortsetzen möchten. In enger Verzahnung mit dem Deutsch-Türkischen Wirtschaftszentrum, der Wirtschaftsförderung und weiterer Akteure wollen wir Strukturen schaffen, die dabei helfen, die unternehmerischen Aktivitäten von Migrantinnen und Migranten zu unterstützen. Das ist besonders vor dem Hintergrund qualifizierter Einwanderer aus Südosteuropa das Gebot der Stunde. Wir wollen die Beratungs- und Serviceangebote für Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund ausbauen. An den speziellen Angeboten für Frauen werden wir festhalten.

Ökonomie und Ökologie

Der wirtschaftliche Erfolg der Zukunft hängt unmittelbar davon ab, ob es gelingt, Wohlstand und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Dazu ist ein ökologischer Strukturwandel und die Steigerung von Energie- und Ressourceneffizienz, aber auch eine Veränderung in der Nachfrage und im Konsumverhalten notwendig.

Ein besonderes Anliegen ist uns der sparsame Umgang mit Flächen. Besonders die neu zu entwickelnden Konversionsflächen dürfen nicht verschwenderischem Flächenverbrauch zum Opfer fallen. Für uns hat die Reaktivierung bestehender Gewerbeflächen Vorrang vor der Ausweisung neuer Gewerbegebiete. Und dort, wo neue Gewerbeflächen entstehen, muss eine möglichst flächenschonende Gestaltung oberste Priorität haben. Mehrgeschossige Bauten, gemeinsame Nutzung von Parkplätzen durch mehrere Unternehmen und gute Erschließung mit dem ÖPNV können dazu beitragen, dass die Fehler der Vergangenheit vermieden werden. Die Einhaltung des bestehenden Zentrenkonzepts hat für uns oberste Priorität. Vor dem Hintergrund der frei werdenden Konversionsflächen wollen wir eine zügige Weiterentwicklung des Zentrenkonzepts in den neuen Stadtgebieten.

Verbraucherschutz

Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen gute Rahmenbedingungen, um gute Kaufentscheidungen treffen zu können. Wir setzen uns für eine Stärkung des Wirtschaftskontrolldienstes ein, um einen hygienischen Umgang mit Lebensmitteln, die Einhaltung des Arbeitsrechts sowie die Auflagen des Jugendschutzes und die Begrenzungen im Bereich des Glücksspiels sicherzustellen. Über verbraucherrelevante Verfehlungen sollen die Bürgerinnen und Bürger im Internet informiert werden.

Regionaler Wirtschaftskreislauf

Der Gegentrend zur Globalisierung lautet Regionalisierung. Wir wollen die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken, indem wir das Bewusstsein für regionale Produkte schärfen. Regional einkaufen ist Umweltschutz und Wirtschaftsförderung, denn kurze Transportwege schonen die Umwelt und sichern Arbeitsplätze vor Ort. Insbesondere die Landwirtschaft in der Metropolregion Rhein-Neckar und das Handwerk werden von dieser Ausrichtung profitieren. Wir möchten, dass die Stadtverwaltung Mannheim hier mit gutem Beispiel vorangeht und Überlegungen anstellt, wie neben sozialen auch ökologische Kriterien zur Bedingung für kommunale Vergaben gemacht werden können. Das lokale Handwerk ist bereits heute einer der wichtigsten Partner, wenn es darum geht, Klimaschutz vor Ort zu verwirklichen. Wir wollen sowohl den Klimaschutz als auch das Handwerk durch gezielte Förderung von energetischer Sanierung stärken. Klimaschutz und Energieeinsparung können nur Hand in Hand mit der Wirtschaft gelingen. Die Vermeidung langer Transportwege gehört dazu, auch dies ist Ziel einer nachhaltigen Beschaffung. Wo die Stadt selbst Anbieterin ist, zum Beispiel in den kom-

munalen Kantinen, oder wo Aufträge vergeben werden, soll der Anteil regionaler und nach Bio-Standard erzeugter Lebensmittel erhöht werden. Produkte, die im Verdacht stehen, in Kinderarbeit hergestellt zu werden, wie z.B. Grabsteine, haben wir erfolgreich von der Beschaffung ausgeschlossen. Auf unsere Initiative hin hat sich die Stadt intensiv um fairen Handel und Beschaffung gekümmert und das Siegel als „Fairtrade-Stadt" erhalten. Hier wollen wir weitere Schritte gehen.

Tourismus

Die Übernachtungszahlen in Mannheim liegen inzwischen über denen Heidelbergs, was vor allem dem starken Kongresswesen in Mannheim geschuldet ist. In den vergangenen Jahren hat sich darüber hinaus der Tourismus neu entwickelt. Die großen Kultureinrichtungen in Mannheim haben bundesweite Strahlkraft bekommen, die Einkaufsmetropole Mannheim hat trotz großer Investitionen in den Nachbarstädten ihren Glanz behalten, und die Zahl der in Mannheim gastierenden Flusskreuzfahrtschiffe und Touristenbusse nimmt stetig zu. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür verbessern, so dass in Zukunft die Übernachtungsgäste auch angemessene Hotelpreise vorfinden und stehen der Ansiedelung neuer Hotels offen gegenüber. Wir halten zudem an der Erneuerung der Planken fest. Schließlich gilt es, die Infrastruktur zu überprüfen und zu verbessern, wo immer sich ortsfremde Menschen in unserer Stadt bewegen. Um den Aufenthalt in der Innenstadt noch angenehmer zu gestalten, möchten wir die Ausweisung neuer Fußgängerzonen und die Nutzung des Straßenraumes und öffentlicher Plätze gemeinsam mit den Einzelhändlern vor Ort realisieren. Außerdem wollen wir die Sperrzeiten überprüfen. So wollen wir beispielsweise die sommerlichen Sperrzeiten auf den Monat September ausdehnen.

Familie und Beruf

Der Fachkräftemangel ist offensichtlich, der Kampf um kluge Köpfe längst voll im Gange. Wir möchten die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Fachkräfte für Wirtschaft und Forschung gerne zur Arbeit nach Mannheim kommen. Und dass sie auch gerne in unsere Stadt ziehen. Dazu muss die Infrastruktur stimmen, das Angebot an adäquatem Wohnraum, wofür gerade die Konversionsflächen ein großes Potenzial bieten, die Qualität der Bildungseinrichtungen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir brauchen daher flexible und familienfreundliche Betreuungsangebote. Schließlich wollen wir aber auch die Lebensqualität als Standortfaktor begreifen und diese weiter verbessern, indem wir Mannheim grüner machen, durch Grünzüge und Verkehrsreduzierung für gute Luft sorgen, und indem wir Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten erhalten und ausbauen.

Arbeitsmarktpolitik und Ausbildung

Wir möchten es allen Menschen ermöglichen, einer existenzsichernden Beschäftigung nachzugehen. Dazu sind ausreichende und attraktive Arbeitsplätze in jedem Qualifikations-

niveau nötig, die gerecht entlohnt werden und faire Arbeitsbedingungen aufweisen. Wir möchten alle Jugendlichen zur Ausbildungsreife führen und brauchen auch in Zukunft engagierte Unternehmen, die ihnen eine gute Ausbildung in Mannheim ermöglichen. Wir wollen, dass die Stadt Mannheim als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel vorangeht. Wir stehen für eine aktive Beschäftigungspolitik, die insbesondere denjenigen hilft, denen aufgrund vielfacher Vermittlungsprobleme der Weg in den ersten Arbeitsmarkt ansonsten versperrt bleibt. Wir wollen durch kommunale Beschäftigungsprogramme keine Konkurrenz zu Handwerk und Kleinunternehmen entstehen lassen, sondern Menschen mit Vermittlungshemmnissen durch Qualifizierungs- und Arbeitsangebote den Weg in den ersten Arbeitsmarkt aufzeigen und ihnen so wieder eine Perspektive bieten.

Teilzeitausbildung

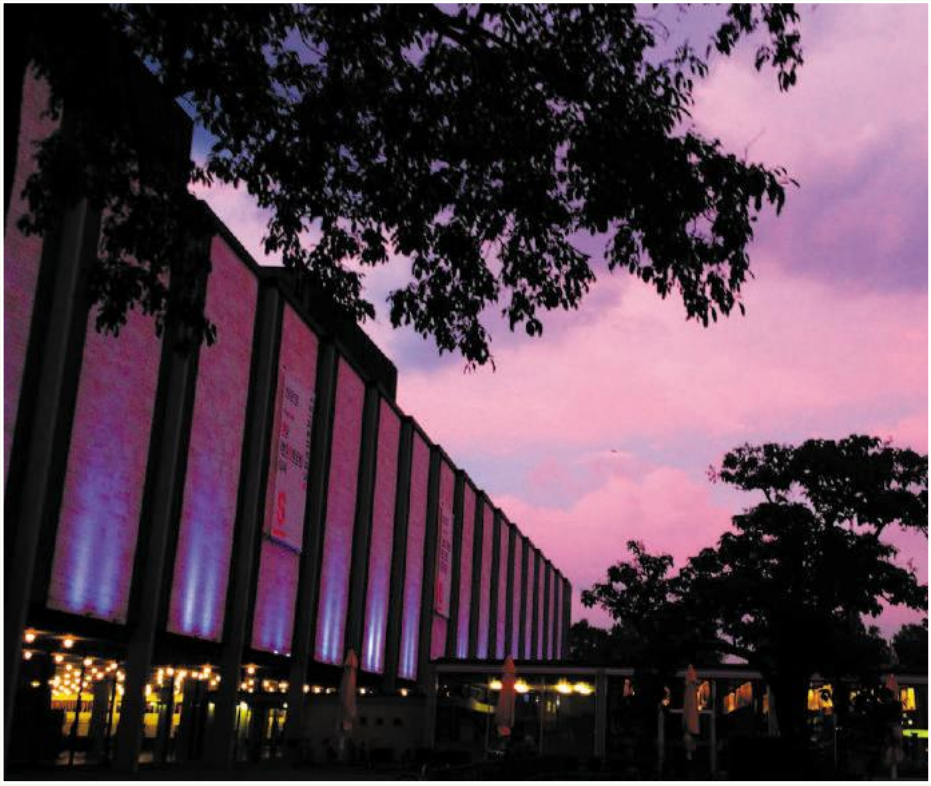
Alleinerziehenden muss die Möglichkeit gegeben werden, Erziehung des Kindes und Ausbildung unter einen Hut zu bringen. Dazu bietet die Teilzeitausbildung eine Möglichkeit. Vereinzelt werden diese Ausbildungsplätze schon angeboten, die Nachfrage ist allerdings um einiges größer. Wir wollen für diese Form der Ausbildung werben, und zwar bei der Stadt Mannheim und ihren Eigenbetrieben, bei den Freien Trägern und in der Wirtschaft.

Ausbildungsbegleitung

Hier geht es um die Unterstützung von Jugendlichen, die eine Ausbildung absolvieren. In Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen werden Jugendliche auf ihrem Weg zu einem erfolgreichen Ausbildungsabschluss begleitet. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten und durch die Möglichkeit der unterstützenden Begleitung diese Ausbildung auch mit einem anerkannten Abschluss beenden.

Produktionsschulen

Produktionsschulen können ein weiter Schritt für Jugendliche sein, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine wirklichen Chancen haben. Praktisches Lernen steht im Vordergrund. Fachqualifikation und soziale und methodische Kompetenzen werden an Hand von Produktionsprozessen erarbeitet. Gerade für Jugendliche, die in der Regelschule oft negative Lernerfahrungen gemacht haben, ist die Produktionsschule ein Ort, an dem sie durch praxisorientierte Anleitung und tatsächliche Produktion von Waren für den Verkauf die Möglichkeit haben, positive Lernerfahrungen zu machen. Wir wollen solche Produktionsschulen unterstützen.



KULTUR

Kultur als Lebensmittel

Unsere Vision ist die einer kreativen und kulturell blühenden Stadt. Kultur ist der Kitt der Gesellschaft. Sie ist Lebensmittel und nicht Luxus. Kulturelle Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft und zur Beteiligung an der Gestaltung der Stadtgesellschaft. Die kulturelle Teilhabe aller Bevölkerungs- und Altersgruppen aller sozialen Milieus ist unser Ziel. Maßnahmen, die jenen die Türen zur Kultur öffnen sollen, die es sich nicht leisten können, unterstützen wir. Die Idee von Kulturlotsinnen und -lotsen, zum Beispiel an Schulen, die den Zugang inhaltlich vermitteln, werden wir weiter verfolgen. Eintrittsfreie Tage und niederschwellige Programmangebote helfen zudem, eine Kultur für Alle entstehen zu lassen. Dazu zählt für uns auch, dass alle städtischen Kunst- und Kultureinrichtungen mittelfristig in jeder Dimension barrierefrei werden.

Vielfalt

Eine Stadt der Einwanderung, in der Menschen aus 170 Nationen leben, ist reich an vielfältiger Kultur. Diese Tatsache hat in der etablierten Stadtkultur noch zu wenig Raum. Wir setzen uns dafür ein, dass in den etablierten Häusern sowohl das Personal als auch die Programmatik diese Vielfalt spiegeln.

Freie Szene

Die Förderung der Freien Szene ist nach wie vor mangelhaft und muss sukzessive ausgebaut werden. Hier sehen wir einen Schwerpunkt künftiger Kulturpolitik. Es leben und arbeiten Kulturschaffende einerseits unter der Armutsgrenze, anderseits bereichern sie die Stadt mit kultureller Vielfalt durch hohen Einsatz. Kleinere Einrichtungen sind immer wieder existenzgefährdet. Die Einrichtung eines Zentrums der darstellenden Kunst werden wir weiterhin einfordern. Es fehlt nicht nur für diesen Kulturbereich an bezahlbaren Räumlichkeiten, in denen 100 bis 300 Menschen für Veranstaltungen Platz finden. Wir sehen eine städtische Aufgabe darin, den Austausch und die Zusammenarbeit der Aktiven in der Freien Szene zu fördern.

Nationaltheater

Das Nationaltheater hat insbesondere auch durch unseren Einsatz eine neue, demokratischere Leitungsstruktur erhalten. Diese Struktur gilt es zu erhalten und weiter auszubauen. Sie ermöglicht mehr Kreativität und ist der Anfang eines demokratischeren Theaterhauses. Die Arbeit des Schnawwl und Projekte wie die Bürgerbühne sind beispielhaft und Schritte auf dem richtigen Weg zu einem offenen und zukunftsfähigen kommunalen Viersparten-Theater. Damit wird mehr soziale Verantwortung übernommen. Auch die anderen großen Häuser, die hohe städtische Zuschüsse erhalten, müssen sich den Veränderungen der Gesellschaft und der Zielgruppen stellen. Wir freuen uns auf neue Konzepte für das sich wandelnde Verhalten der Adressatinnen und Adressaten. Das Publikum von morgen hat andere Bedürfnisse und andere Ansprüche an die Kultur.

Neues

Mannheim braucht mehr Orte, an denen sich Kinder und Jugendliche kreativ und kunstschaffend ausprobieren können. Dort müssen Computer, Software und Zubehör vorhanden sein und die Möglichkeit, Instrumente und Malerei auszuprobieren. Unter fachlicher Anleitung können Kinder und Jugendliche hier ihre Talente entdecken. Die Musikschule und die Stadtbibliothek gehen mit gutem Beispiel voran. Wir wollen diese Angebote ausbauen und Einrichtungen wie das Jugendkulturzentrum Forum angemessen ausstatten. Immer neue und interessante Formen der Kultur entstehen. Performances, Filmprojekte, Ausstellungsprojekte und visuelle Kunstformen blühen überall in der Stadt auf. Wir wollen den Blick und die Kulturpolitik dafür offen halten und fördern, was immer möglich ist.

Musik

Die Förderung der Pop- und Musikkultur hat sich deutlich verbessert. Hier wird von der Popbeauftragten und dem Clustermanagement Musikwirtschaft bemerkenswerte Arbeit geleistet. Mehr Auftrittsmöglichkeiten und die Förderung der Club- und Musikkneipenszene, Veranstaltungen wie „Nachtwandel", „Buschnacht", „Mitten in der Nacht", die Festivals „Jetztmusik" und „B-Seite-Festival" sowie der „Crossover Composition Award" sollen ausgebaut und gefördert werden. Die gesamte Bandbreite der Musikkultur bis hin zu Jazz, Klassik, orientalischer und Weltmusik ist zu vermitteln und zu fördern. Es fehlt auch hier an Auftrittsräumen für eine mittlere Besucherzahl. Wir schlagen ein stadtweites Festival: „Musik dehnt die Fugen" vor. Mit städtisch organisierter Vermittlung könnten an einem Wochenende in möglichst vielen Räumen bis in die Stadtteile hinein Bands und Solomusikerinnen und -musiker spielen. Wir machen uns stark für den Erhalt der klassischen Ausbildung und der Schulmusikausbildung an der Staatlichen Musikhochschule in Mannheim. Die Qualität der Ausbildung liegt auch in der Breite des Angebots, anderslautenden Plänen widersetzen wir uns.

Kulturbüro

Deutschland kann erst wieder im Jahr 2025 eine Europäische Kulturhauptstadt stellen. Unabhängig von diesem Wettbewerb wollen wir eine Hauptstadt der Kultur werden. Der Weg ist uns wichtiger als das Ziel. Wir fordern ein offenes Kulturbüro als Ansprechpartner für alle Kunst- und Kulturschaffenden. Es soll Drehscheibe für Kontakte und Vermittlungen sein, Hindernisse abbauen, Fördermöglichkeiten vermitteln, Ideen makeln und Brücken zur Realisierung schlagen. Infrastruktur für Veranstaltungen könnte hier preiswert oder umsonst ausgetauscht werden. Schulen könnten Kulturkontakte knüpfen. Offenheit bedeutet auch, in Austausch zu treten. Beispielsweise kann ein türkischer Verein ein Stadtteilfest zusammen mit einem Gewerbeverein organisieren. Für vorhandene Bars und Kneipen können sehr einfach Anreize und Möglichkeiten für Band-Auftritte geschaffen werden. Diese Aufgaben wären in einem solchen Kulturbüro zu beheimaten.

Finanzierung

Zuschusserhöhungen für die großen Kulturinstitutionen auf Kosten der Freien Kulturszene, freier Projekte und kultureller Bildung lehnen wir ab. Wir wollen den Anteil der „kleineren" Bereiche am Kulturetat weiter erhöhen. Die Möglichkeiten der Förderung von Bund, Land und EU müssen besser ausgeschöpft werden. Institutionen wie das Jugendkulturzentrum Forum oder die Alte Feuerwache können strukturell neu organisiert werden, um von der soziokulturellen Förderung des Landes Baden-Württemberg zu profitieren. Die Stadtverwaltung sollte beispielsweise im Kulturbüro eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner für kleine Gruppen zum Thema Förderung stellen und diesen Gruppen beratend zur Seite stehen. Nach einer notwendigen Analyse der Besucherinnen- und Besucherstruktur des Nationaltheaters müssen Gespräche mit der Region geführt werden. Ein guter Teil der Besucherinnen

und Besucher, vor allem des Opernhauses, kommt aus der Region. Die Region aber ist mit keinem Euro an den Zuschüssen für die Plätze im Opernhaus beteiligt. Auch Gespräche über eine bessere Zusammenarbeit mit Ludwigshafen sind nötig. Große Teile der Finanzierung von Kulturangeboten, die der ganzen Metropolregion Rhein-Neckar zu Gute kommen, liegen auf Mannheims Schultern. Hier müssen wir mit dem Umland ins Gespräch über Umlagen kommen. Die Metropolregion muss sich auch in Fragen der Kultur besser zusammen finden. Zur Verbesserung der Finanzierung setzen wir uns dafür ein, dass das Land das Nationaltheater in gleicher Höhe wie die Bühnen in Karlsruhe und Stuttgart finanziert.

FREIZEIT UND SPORT

Vereine

In Zeiten des demographischen Wandels stehen die Sportvereine wie alle Akteure im Freizeit- und Sozialbereich, die auf ehrenamtliches Engagement angewiesen sind, vor besonderen Herausforderungen. Verlängerte Schulzeiten, komprimierte Schul- und Ausbildungsgänge und weniger Nachwuchs durch geburtenschwache Jahrgänge erschweren Kindern die Teilnahme an Sport- und Freizeitangeboten und Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Engagement als Trainerinnen und Trainer. Hier sehen wir die Stadt in der Pflicht: Sie muss den Vereinen helfen durch eine Anpassung der kostenfreien Überlassungszeiten der städtischen Sportstätten für den Kinder- und Jugendsport an die veränderten zeitlichen Rahmenbedingungen und eine intensivere Zusammenarbeit von Vereinssport und Bildungsbereich. Zwar ist schon ein Kooperationsmodell zwischen dem Fachbereich Bildung und dem Sportkreis vereinbart. Dieses vereinbarte Modell muss aber noch mit Leben erfüllt und mit dem nötigen Geld ausgestattet werden.

Integrationskraft

Der Anteil erfreulich gesunder und aktiver Seniorinnen und Senioren belebt auch in unserer Stadt die Nachfrage nach Freizeit- und Sportmöglichkeiten für diesen Lebensabschnitt. Das verändert die Struktur des Mannheimer Sport- und Freizeitlebens auf Dauer und bringt einen Wandel bei den Vereinen mit sich. Sie stehen damit neuen Anforderungen gegenüber, von der vereinsgetragenen Kindertagesbetreuung bis hin zu Kooperationen mit Akteuren der Altenhilfe. Hier sollte die Stadt gerade den organisierten ehrenamtlichen Sport bei der Weiterentwicklung und Qualifizierung der Vereinsstrukturen unterstützen. Kritisch aus unserer Sicht gilt es dabei aber auch anzumerken, dass die bei vielen Vereinen feststellbare Tendenz, ihre Attraktivität für Kinder und Jugendliche über Kunstrasenflächen zu definieren, nicht nur aus ökologischen, sondern vor allem auch aus ökonomischen Gründen mehr als bedenklich ist. Wir wollen diese kritische Entwicklung stoppen. Wir trauen dem Mannheimer Sport auch weiterhin eine große Bindungs- und Integrationskraft im Kinder- und Jugendbereich über alle Moden hinweg zu, weil wir hier ein ungeheuer starkes Angebot und Engagement erleben. Das wollen wir von politischer Seite nach Kräften fördern und unterstützen. Genau diese Bindungs- und Integrationskraft benötigt unsere Stadt dringend, um den demografischen Wandel und die Integration hoffentlich vieler Neubürgerinnen und Neubürger zu meistern.

Konversion

Der organisierte Sport hat die Konversion in Mannheim als Herausforderung und Chance für die eigene Weiterentwicklung verstanden und angenommen. Als Herausforderung, weil der Entwicklungsbedarf auf den Konversionsflächen, insbesondere auf Benjamin-Franklin und Coleman, nach einer gesamtstädtischen Planungsperspektive verlangt, die zwangsläufig vieles, zum Beispiel bei den Bädern, auf den Prüfstand stellen muss. Als Chance, weil die Aussicht auf einen Grünzug Nordost dem individuellen Sport- und Freizeitverhalten und der Weiterentwicklung der Sportvereine dort gute Perspektiven ermöglicht. Dieses Engagement, das der organisierte Sport im Konversionsprozess bereits gezeigt hat, verdient Planungssicherheit, nicht nur, was seine weitere umfassende Beteiligung im Konversionsprozess angeht, sondern auch, was die räumlichen und finanziellen Ressourcen betrifft, die für Sport und Freizeit im Zuge der Konversion zur Verfügung gestellt werden. Die Konversion darf dabei nicht dazu führen, dass Sportstätten und Bäder in schlechter erschlossene und schwieriger erreichbare Randlagen verdrängt werden. Bei möglichen Neubauten von Bädern und Sportstätten muss auf deren Anbindung an den ÖPNV und das Fuß- und Radwegenetz ebenso geachtet werden wie auf den höchst möglichen Standard energetisch sparsamer Bauweise, damit der sozialen und der ökologischen Nachhaltigkeit Rechnung getragen wird.

Gärtnern

Freizeit im öffentlichen Raum beschränkt sich nicht allein auf sportliche Aktivitäten. Mit den Patenschaften für Baumscheiben haben wir bereits eine Aktion auf den Weg gebracht, Mitbürgerinnen und Mitbürger im öffentlichen Raum verantwortlich und kreativ werden zu lassen. Wir setzen uns darüber hinaus für das so genannte Urban Gardening ein, das die bewährten Formen des Gärtnerns in der Stadt ergänzen soll und hoffentlich eine sozial integrierende und gemeinschaftsstiftende Wirkung zu entfalten vermag. Die Kleingartenvereine unterstützen wir in ihrem Bemühen um ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Sie sollen Bestandsschutz genießen. Wo das gar nicht möglich ist, soll für adäquaten Ersatz gesorgt werden.

Reparieren

Ebenfalls gemeinschaftsstiftend und gleichfalls ökologisch hoch sinnvoll sind sogenannte Repair Cafés: Bürgerinnen und Bürger treffen sich regelmäßig, um defekte Geräte in gegenseitiger Hilfe zu reparieren anstatt sie einfach wegzuwerfen. Oft ist dieses Modell verbunden mit der Idee offener Werkstätten. Wir werden uns für Initiativen und Vereine in diesem Bereich und deren Vernetzung auch mit anderen gesellschaftlichen Akteuren aus Industrie, Handel und Handwerk einsetzen.

DEMOKRATIE

Demokratie und Stadtgesellschaft

Die Demokratie braucht Erneuerung und Impulse. Parteienverdruss und Vertrauensverlust senken Wahl- und Beteiligungsbereitschaft und gefährden die Demokratie. Die Zukunft der Stadt kann aber nur jene sein, die von der breiten Bürgergesellschaft getragenen ist. Die Stadtgesellschaft kann viel zur Belebung der Demokratie beitragen. Breite Beteiligung und Stärkung der frühzeitigen Mitsprache auf allen Ebenen können dazu beitragen, das Vertrauen in die Kommunalpolitik zu stärken oder wiederherzustellen. Das Selbstverständnis der Stadtverwaltung sollten der Dienst für die Bürgerschaft und die Umsetzung der Ziele und Beschlüsse der demokratischen Gremien sein.

Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung

Politik insgesamt und Kommunalpolitik im Besonderen braucht mehr direkte Demokratie. Demokratie und Beteiligung dürfen nicht zum Luxus von Menschen mit Zeit werden. Alle gesellschaftlichen Gruppen, ob alt, jung, mobilitätseingeschränkt, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, ob berufstätig oder nicht, müssen teilhaben können. Auch deswegen müssen neue Formen der Beteiligung ihren Platz finden. Die Stadt soll Leitlinien der Bürger-

beteiligung erarbeiten Die bereits beschlossenen Stadtteilkonferenzen sollten nach Bedarf stattfinden und dürfen nicht von der Verwaltung blockiert werden. Sie sollten möglichst viele Gruppen des jeweiligen Stadtteils einbeziehen. Zu den bedeutendsten Themen der Stadtpolitik sollen offene, zentrale Bürgerversammlungen einberufen werden. Dabei muss außer der verbalen Beteiligung auch die Möglichkeit geschaffen werden, Anregungen und Meinungen schriftlich abzugeben. Bisher gibt es keine offene und moderierte Online-Diskussionsplattform der Stadt Mannheim. Wir fordern deren Einrichtung. Sie sollte auch die Möglichkeit bieten, Anregungen und Beschwerden zu einzelnen Themenbereichen abzugeben. Aktuelle Themen in unserer Stadt können in vereinfachten Abstimmungen online zur Entscheidungen gestellt werden und schließlich dem Gemeinderat als Stimmungsbild dienen. Auch in den sozialen Medien sollte die Stadtpolitik stärker in Erscheinung treten, zu Diskussionen anregen und Gesprächsbereitschaft dazu zeigen. Vorbild und Beispiel kann dabei das Beteiligungsportal des Landes Baden-Württemberg sein.

Ehrenamt stärken

Ohne Ehrenamt würde die Stadtgesellschaft in sich zusammenbrechen. Ehrenamtliches Engagement bedeutet aber auch, dass Bürgerinnen und Bürger nicht nach dem Staat rufen, sondern selbst initiativ werden und sich verantwortlich in die Gesellschaft einbringen. Sie entwickeln eigene Ideen und Lösungsansätze. Sie organisieren sich und helfen uneigennützig. Es liegt im Interesse der Stadt, ehrenamtliches Engagement in allen Bereichen so zu fördern, dass es nachhaltig gestärkt wird. Die Förderung der Ehrenamtlichen muss durch wirkungsvolle kommunale Maßnahmen gestützt werden. Dabei sind die Schaffung und der Ausbau von Netzwerken ebenso von Bedeutung wie die Motivierung Ehrenamtlicher durch öffentliche Anerkennung und Würdigung. Die Belohnung des Engagements zum Beispiel durch Freikarten etwa für städtische Kultur- und Freizeiteinrichtungen ist eine Möglichkeit. Die Garantie des Versicherungsschutzes und das Heranführen von Zielgruppen an das Ehrenamt sind weitere Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamtes, die wir unterstützen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die von Grün-Rot im Land initiierte Weiterentwicklung der direktdemokratischen Elemente in der Gemeindeordnung, wie die Absenkung der Quoren für Bürgerinnen- und Bürgerbegehren und Bürgerinnen- und Bürgerentscheide und die Erweiterung des Themenkataloges um die Bauleitplanung.

Wahlrecht

Wir begrüßen das Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren. Spezielle Veranstaltungen sollen den Jungwählerinnen und Jungwählern den Zugang zu Themen der Stadtpolitik verschaffen. Verstärkte Kampagnen zur Einbürgerung können mit dazu beitragen, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund von ihrem aktiven und passiven Wahlrecht Gebrauch machen und der Gemeinderat besser die bunte Stadtgesellschaft widerspiegelt.

Bürgerhaushalt

Bei der Aufstellung des städtischen Haushaltes wollen wir im Vorlauf die Bürgerinnen und Bürger analog und digital beteiligen. Sie sollen auf den gesamten städtischen Haushalt Einfluss nehmen können. Als ersten Schritt können wir uns beispielsweise die Vergabe eines limitierten Betrages für Projekte durch die Bürgerschaft vorstellen.

Bezirksbeiräte

Anfang 2013 wurde die Arbeit der Bezirksbeiräte neu aufgestellt. Das neue Modell sollte verfeinert und gefestigt werden. Langfristig müssen die Rechte der Räte in den Stadtbezirken weiter gestärkt und Entscheidungen, die nur die Bezirke betreffen, vom Gemeinderat in die Bezirksbeiräte verlagert werden. Dafür bedarf es einer entsprechenden Legitimation. Dementsprechend setzen wir uns für die Wahl der Bezirksberäte durch die Bevölkerung ein. Weitere Forderungen sind: Bürgerinnen und Bürger sollen Vorschläge für die Tagesordnung von Bezirksbeiratssitzungen einreichen können. Arbeit und Aufgaben der Bezirksbeiräte müssen bekannter gemacht werden.

Gemeinderat

Die Arbeit des Gemeinderates und seiner Ausschüsse muss noch transparenter werden. Dabei kann auch das städtische Medienteam helfen. Der Rat könnte gelegentlich seinen Tagungsort wechseln und dann möglichst themenbezogen auch außerhalb des Ratsaales in den Stadtteilen tagen. Die Sitzungen sind zu protokollieren und der öffentliche Teil online zeitnah zur Verfügung zu stellen. Dabei sollten Audio- und Textprotokolle erstellt werden. Wir verfolgen eine Politik der offenen Daten (open data). Die ehrenamtlichen Gemeinderätinnen und -räte arbeiten vielfach an der Grenze des Leistbaren. Wir wollen prüfen, wie ihnen mehr Zeit, gerade auch für den Austausch mit der Bürgerschaft, verschafft werden kann.

Kinder- und Jugendbeteiligung

Die Stadtteilversammlungen sind ein Erfolg. Hier treffen sich Kinder- und Jugendliche, um als Expertinnen und Experten in eigener Sache die Stadt weiter zu entwickeln. Mit Bezirksbeiräten und Gemeinderäten werden die Ergebnisse und deren Umsetzung diskutiert und oft auch zeitnah realisiert. Ein Kinder- und Jugendgipfel, der nach dem Mannheimer Modell Rede/Anhörung- und Antragsrecht im Gemeinderat hat, soll zügig realisiert werden. Auch über ein eigenes Budget muss nachgedacht werden.

Das Mannheimer Modell muss ernst genommen und mit einem Mehr an Beteiligung gefüllt werden. Kindern und Jugendlichen mutig mehr Rechte zuzugestehen, auf ihr Wissen zu bauen, ist für eine lebendige Stadt wegweisend.

Verwaltung

Die Stadtverwaltung hat in den letzten Jahren mehr Bürgernähe erreicht. Daran ist weiterhin zu arbeiten. Analog zum Gemeinderat muss auch die Arbeit der Verwaltung noch transparenter werden. Ein jährlicher „Tag der offenen Verwaltung" könnte dabei behilflich sein. Die Verwaltung hat dafür Sorge zu tragen, dass Informationen im Sinne des Informationsfreiheitsgesetzes allen Bürgerinnen und Bürgern gleichberechtigt offen und frei zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen daher eine Informationsfreiheitssatzung erlassen, die den Bürgerinnen und Bürgern über einen einfachen und kostenfreien Zugang zu Verwaltungsinformationen die Möglichkeit der Kontrolle staatlichen Handelns gibt.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Wir setzen uns gegen Rassismus und Fremdenhass zur Wehr, ebenso wie gegen jede Aktivitäten, die sich zunehmend in der Mitte der Gesellschaft zu verorten versuchen, wie Islamophobie, das Schüren von Ängsten gegen „Fremdes", Antisemitismus, Verschwörungstheorien, Homo- und Transphobie sowie das Ausnutzen alternativer Jugendkulturen. Wir wollen die Einrichtung einer städtischen Stabsstelle gegen Rechtextremismus, um die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus noch besser zu koordinieren. Aufklärung in den Schulen, Beschäftigung mit den dunklen Seiten der Geschichte, der so genannten Arisierung, der Rolle der Verwaltung und der Stadtpolitik im Faschismus zwischen 1933 und 1945 bleiben aktuell, auch wenn neue Formen der Vermittlung gefunden werden müssen. Auch Kultur und Kulturaustausch können hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Staat und Religion

Wir sind eine Gesellschaft, in der Menschen verschiedener Glaubensrichtungen, Weltanschauungen und konfessionsfreie Menschen gleichberechtigt zusammenleben. Niemand soll aufgrund seiner Weltanschauung, seiner Religionszugehörigkeit oder Konfessionsfreiheit diskriminiert oder bevorzugt werden. Wir wollen die im Grundsatzprogramm unserer Partei verankerte Trennung von Staat und Kirchen beziehungsweise Religionsgemeinschaften konsequent vorantreiben. Wir werden darauf achten, dass bei Fragen des Zusammenlebens von Seiten der Stadt nicht nur die verschiedenen Religionsgemeinschaften in Diskussionen und Gremien einbezogen werden, sondern auch die Vertretungen von säkularen und humanistischen Verbänden. Bei Vereinbarungen über unser Zusammenleben müssen die Werte unseres Grundgesetzes die Grundlage sein. Wir werden keine Ausnahmen für Religionsgemeinschaften machen, insbesondere nicht in Fragen der Antidiskriminierung. Damit Konfessionsfreie und Andersgläubige in ihren Rechten nicht eingeschränkt werden, braucht es ausreichend soziale Infrastruktur, die nicht in kirchlicher Trägerschaft ist. Das gilt insbesondere für Krankenhäuser, Alten-, Obdachlosen- und Pflegeheime, Frauenhäuser, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Beratungsstellen, Horte, Kindergärten, Krippen und Jugendtreffs. So treten wir beispielsweise dafür ein, dass es pro Stadtteil mindestens eine

Kindertagesstätte in nicht religiöser Trägerschaft gibt. In kommunalen Einrichtungen haben religiöse Symbole nichts zu suchen. Das staatliche Neutralitätsgebot wollen wir sichergestellt wissen. Die Kirchensteuer ist bundesstaatliche Angelegenheit. Die Gebühren für den Kirchenaustritt werden jedoch von der Kommune festgelegt. In Mannheim sind sie besonders hoch, während der Eintritt gebührenfrei ist. Die Gebühren stellen gerade für religionsmündige Jugendliche und Transferempfängerinnen und -empfänger eine merkliche Austrittshürde dar. Wir wollen daher die Gebühren für den Kirchenaustritt abschaffen.

Städtepartnerschaften

Mannheim profitiert in vielfältiger Weise von seinen Partnerschaften mit Städten auf der ganzen Welt, nicht nur, was Ökonomie und Image angeht. Vor allem menschlich kommen immer neue Verbindungen zustande, die den Gedanken einer friedlichen und solidarischen Weltgemeinschaft voranbringen. Wir wollen das Thema Menschenrechte stärker im Austausch mit Partnerstädten verankern . Wir haben gelernt, mit unseren unterschiedlichen Partnern Freud und Leid zu teilen und wissen auch um deren Anteilnahme an dem, was uns hier in Mannheim bewegt. Vor allem unsere kommunalen Partner schauen auf uns, wie wir mit den großen Themen unserer Zeit umgehen: demographischer Wandel, Migration oder Klimawandel, um nur einige zu nennen. Wie wir mit Flüchtlingen umgehen, wie wir uns um einen fairen Handel und ein faires Beschaffungswesen bemühen, welche Integrationskraft unsere Bildungseinrichtungen von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule entfalten, wie wir das Miteinander der Menschen und Institutionen in unserer Stadt weiter entwickeln, das alles ist auch für unsere Partnerkommunen und deren Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung. Nicht zuletzt kann Mannheim in all diesen Fragen auch Vorbild dienen. Besonders interessant finden wir die aktuelle Entwicklung, dass mit Hilfe des Mentorenprogrammes der Landesregierung zur Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg von Mannheim aus die Aktivitäten von Migrantinnen und Migranten und ihrer Verbände im Bereich des partnerschaftlichen internationalen Austausches und des Engagements für Nachhaltigkeits- und Agendathemen analysiert, unterstützt und vernetzt werden wird. Hier engagieren wir uns für eine Vernetzung mit den Aktivitäten der städtischen Partnerschaften.

INTEGRATION

Querschnittsthema

Einwanderung ist für Mannheim eine Bereicherung. Heute haben rund 40 Prozent der Mannheimerinnen und Mannheim einen Migrationshintergrund, jede fünfte Bürgerin und jeder fünfte Bürger Mannheims besitzt eine ausländische Staatsangehörigkeit. Um das friedliche Zusammenleben dieser beeindruckenden Vielfalt an Kulturen und Religionen zu gestalten, bedarf es eines großen Engagements. Wir stellen uns einer Herausforderung: Wir alle gehören zu Mannheim. Deshalb möchten wir für die Zukunft, dass alle in Mannheim lebenden Menschen kommunal wählen können. Integration ist in unserer vielfältigen Stadtgesellschaft eine zentrale Zukunftsaufgabe. Wir möchten die Integration in unserer Stadt gestalten und Chancengleichheit, gleichberechtigte Teilnahme in allen Lebensbereichen, interkulturelle Verständigung und gegenseitigen Respekt in Mannheim leben. Das Thema Integration ist für uns ein Querschnittsthema, das alle gesellschaftlichen Lebensbereiche betrifft. Entsprechend muss es auch in allen Bereichen der Verwaltung verankert sein.

Willkommenskultur

Nur wer sich in seiner Stadt willkommen und anerkannt sieht, kann sich dort auch zuhause fühlen. Dies beginnt bereits in Kindergärten und Schulen mit Erzieherinnen und Erziehern mit interkultureller Kompetenz, Deutschkursen für Eltern und muttersprachlichen Hilfsangeboten für Migrantenfamilien. Zusätzlich müssen auch die politischen Gremien, die Verwaltung und der Arbeitsmarkt in Mannheim mit interkulturellen Maßnahmen verstärkt zur Integration beitragen. Als starke Akteure sehen wir hierbei die Bürgerdienste und die Jobcenter. Wir möchten eine neue Willkommenskultur in unserer Stadt etablieren, die nicht unterscheidet, ob jemand für kurze oder längere Zeit hier leben möchte. Dazu zählen für uns: Einbürgerungskampagnen und -feiern, die Ausweitung der Erstberatung, die Vernetzung der Träger sowie ein starker Migrationsbeirat, der auch in Zukunft durch eine Auswahlkommission gebildet werden sollte. Wir haben dafür gesorgt, dass der Migrationsbeirat inzwischen in sämtlichen städtischen Ausschüssen beteiligt wird. Doch es braucht auch eine vorausschauende Beteiligung der Migrantinnen und Migranten im Verwaltungsalltag. Es muss selbstverständlich werden, auch Vereine, Religionsgemeinschaften und Initiativen frühzeitig zu beteiligen.

Arbeitgeberin Stadt Mannheim

Die Stadt Mannheim als Arbeitgeberin hat eine Vorbildfunktion für eine ethnisch und geschlechtergerechte Beschäftigungs- und Einstellungspolitik. Der Anteil der beschäftigten Migrantinnen und Migranten bei der Stadt Mannheim beträgt nur acht Prozent. Im Verhältnis zum Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Gesamtbevölkerung von 40 Prozent, die in unserer Stadt leben, ist dies ein nicht akzeptabler Zustand. Wie bei der Beschäftigung von Frauen muss eine gesellschaftlich gerechte Verteilung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen erreicht werden. Dazu wollen wir uns verstärkt für anonyme Bewerbungen einsetzen.

Interkulturelle Angebote

Die Vielfalt der Kulturen in unserer Stadt ist eine Bereicherung. Es müssen Wege gefunden werden, dass sich Migrantinnen und Migranten stärker am kulturellen Leben unserer Stadt beteiligen und sich in diesem auch wiederfinden. Migrantinnen und Migranten müssen zum Beispiel von Museen oder Theatern als besonders angesprochen werden. Das heißt, das Kulturangebot und die Förderung müssen auch an den Bedarf von Migrantinnen und Migranten angepasst erweitert werden. Wir unterstützen den Wunsch von Migrantenselbstorganisationen, als Träger der Jugendhilfe Kindertageseinrichtungen zu betreiben. Wir wollen die interkulturelle Öffnung aller sozialen Dienste, insbesondere auch im Gesundheits- und Altenhilfesystem sowie bei den Pflegeangeboten. Und schließlich brauchen wir gerade auch in Mannheim Möglichkeiten zur Bestattung dem eigenen Glauben entsprechend.

Bildung

Mehr als die Hälfte aller Kinder in Mannheim unter sieben Jahren hat einen Migrationshintergrund. Diese leben überproportional in Stadtteilen mit sozialen Problemlagen. Daher haben viele dieser Kinder Defizite in der sprachlichen Entwicklung, sie sind überproportional an der Förderschule vertreten und haben niedrigere Schulabschlüsse sowie größere Schwierigkeiten beim Übergang in Ausbildung und Beruf. Intensives Gegensteuern ist wichtig, wenn Mannheim nicht die Talente eines Großteils seiner Jugend aufs Spiel setzen will. Frühe Förderung hilft am besten. Dafür machen wir uns stark: ausreichend Krippen- und Kitaplätze mit intensiver Sprachförderung, Ganztags- sowie Gemeinschaftsschulen mit bedarfsgerechter individueller Unterstützung, gezielte Information und Einbindung der Eltern.

Sport

In unserer Gesellschaft fehlen Plätze, auf denen Menschen aus verschiedenen Kulturen zusammenkommen. Der Sport ist hervorragend dazu geeignet, dieses Defizit abzubauen. Die momentan existierenden Sportvereine im Kinder- und Jugendbereich haben eine hohe Beteiligung von Migrantinnen und Migranten. Auch die von Migrantinnen und Migranten gegründeten Fußballvereine sind lebendiger Teil unserer Stadtgesellschaft und sollen gleichberechtigt gefördert werden.

Migrationsforum

Im vierteljährlichen Rhythmus sollte eine öffentliche Sitzung des so genannten Migrationsforums aus Migrantinnen- und Migrantenvereinen und -organisationen sowie Institutionen der Migrationsarbeit stattfinden. Die festen Mitglieder kommen aus ethnischen Vereinen und Organisationen. Das Migrationsforum soll Schnittstelle zwischen Migrantinnen und Migranten, Vereinen und städtischen Strukturen sein.

Migrations- und Integrationsberichte

Über die interkulturelle Arbeit in Mannheim sollen in regelmäßigen Abständen Integrationsberichte erstellt werden. Diese Berichte sollen die in den Mannheimer Grundsätzen zur Integration festgelegten Ziele mit Hilfe festgelegter Indikatoren überprüfen und Handlungsempfehlungen geben. Ein jährlicher Migrationsbericht soll die Herkunft der nach Mannheim zugewanderten Menschen aufzeigen, um so schon frühzeitig neue Trends zu erkennen und entsprechend agieren zu können.

FRAUEN

Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtergerechtigkeit ist ein wesentliches Ziel unserer Politik auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen. Die formale Gleichstellung von Mann und Frau ist zwar gesetzlich festgeschrieben, der gesellschaftliche und politische Alltag sieht jedoch in vielen Bereichen immer noch anders aus. Auch in Mannheim besteht die Hälfte der Bevölkerung aus Frauen, doch das wird in den wenigsten Bereichen abgebildet. Um das Bewusstsein zu verändern und den Fokus auf die „andere Hälfte" zu legen, müssen Frauen noch mehr sichtbar gemacht werden und in den Mittelpunkt rücken. Dafür steht unsere Forderung nach einer Quote. Dafür steht auch unsere Forderung Straßen, Plätze und öffentliche Einrichtungen in Mannheim zukünftig vorrangig nach Frauen zu benennen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der die Wahrnehmung beeinflusst und verändert, ist die Sprache. Es gibt zwar bereits Bestrebungen, die weibliche Form mit zu nennen, doch das reicht nicht aus. Die Uni Leipzig ist mit gutem Beispiel voran gegangen und hat das generische Femininum eingeführt (die weibliche Form wird als Standard benutzt, da die männliche eingeschlossen ist). Die Stadt Mannheim sollte sich, zum Beispiel beim Verfassen von Sitzungsvorlagen, diesem Weg anschließen und Maßstäbe setzen.

Prostitution

Mannheim hat ein florierendes Rotlichtmilieu, offen wie versteckt. Nicht immer geschieht dort alles auf freiwilliger Basis. Viele Frauen, Einheimische wie Ausländerinnen, würden lieber ihren Lebensunterhalt auf andere Weise bestreiten, kennen ihre Rechte aber nicht genau und wissen nicht, an wen sie sich wenden können. Im Sommer 2013 wurde in Mannheim eine Beratungsstelle für Prostituierte eröffnet, die auf unseren Antrag entstanden ist. Damit ist das Thema aber nicht erledigt, im Gegenteil, aller Wahrscheinlichkeit nach wird jetzt erst deutlich werden, wie groß der Bedarf an Beratung und Unterstützung tatsächlich ist. Wir werden uns weiterhin für eine Reduktion der Prostitution, für die Rechte der Sexarbeiterinnen und für ein wirkungsvolles Vorgehen gegen Zwangsprostitution einsetzen.

Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming ist die Methode zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern und gehört für uns selbstverständlich zur politischen Kultur in unserer Stadt. Das gilt für alle Politikbereiche. In der Finanzpolitik hat das Gender Budgeting den geschlechtsbewussten Haushalt zum Ziel. Als Grundlage dienen geschlechterdifferenzierte Daten, die den Haushalt in Bezug auf seine Auswirkungen auf Frauen und Männer überprüfen. Geschlechtsblinde Haushaltspolitik, die darauf nicht achtet, verfestigt und vergrößert Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Das wollen wir abbauen.

Familie und Beruf

Die Entscheidung für eine Familie, gerade auch für eine kinderreiche Familie, wird immer seltener getroffen. Dies liegt auch daran, dass Frauen nun selbst häufig erwerbstätig sind. Oft haben sie keine Wahl und müssen sich entscheiden: Karriere oder Familie. Während Männer mit größerer Selbstverständlichkeit beides auf einmal haben können, stecken Frauen immer noch viel zu oft in einem von beiden zurück. Um dies zu ändern, braucht es zum einen neue Arbeitszeitmodelle, damit Beruf und Familie vereinbar sind. Zum anderen braucht es ausreichend qualitative Betreuungsmöglichkeiten, die für uns höchste Priorität haben. Wichtig ist, dass die Bedürfnisse von Kindern und Eltern gleichermaßen zum Tragen kommen.

Existenzgründerinnen

Existenzgründungsberatung geht in den meisten Fällen von der männlichen Vollzeit-Erwerbssituation aus. Frauen sind häufig in einer anderen Situation, doch erfahrungsgemäß nicht minder erfolgreich auf ihrem Weg in die Selbständigkeit. Spezifische Beratungs- und Finanzierungsangebote für Existenzgründerinnen, die stärker auf die besonderen Bedingungen von Frauen eingehen, sind unbedingt erforderlich und müssen in ihrer Finanzierung langfristig sichergestellt werden.

Gewalt im Geschlechterverhältnis

Wir setzen uns für Maßnahmen und Projekte ein, die die Geschlechtersensibilisierung fördern, deren Ziel es ist, die Gewalt zwischen den Geschlechtern abzubauen. Bekanntermaßen sind es Frauen und Kinder, die besonders von der Gewalt im Geschlechterverhältnis betroffen sind, wir unterstützen deshalb Einrichtungen wie Frauenhäuser, die den Betroffenen Schutz und Unterstützung ermöglichen.

Frauenbeirat

In Mannheim gibt es seit 25 Jahren die Stelle der Frauenbeauftragten, die stets gute Arbeit geleistet hat. Die Aufgaben werden jedoch zunehmend komplexer, neue Aufgabenbereiche kommen hinzu, zum Beispiel mit dem Thema Vielfaltsmanagement (Diversity Management). Um vernetzter arbeiten zu können, braucht es zusätzlich einen Frauenbeirat, der die Stelle der Frauenbeauftragten mit den bereits bestehenden Einrichtungen verknüpft.

Jungen und Männerförderung

Auch wenn ganz überwiegend Frauen von Benachteiligung betroffen sind, gibt es auch einzelne Bereiche, in denen Jungen und Männer benachteiligt sind. Geschlechtergerechtigkeit bedeutet für uns selbstverständlich auch dort einzugreifen und Benachteiligungen zu verhindern. So gelten Jungen heute teilweise als „Bildungsverlierer“. Wir wollen daher die Jungenarbeit stärken und Bildungs- und Jugendeinrichtung ausreichend auf die Arbeit mit Jungen ausrichten durch mehr Bewegungsorientierung und mehr männliches Erziehungs- und Bildungspersonal.

VIELFALT UND AKZEPTANZ

Vielfalt der Lebensweisen

Mannheim ist eine weltoffene, lebendige und tolerante Stadt. Queere Lebensweisen (Queer steht für die gesamte LSBTTIQ-Gruppe, also Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle und Queere Menschen). „Regenbogenfamilien" sind heute bereits anerkannte Realität, müssen sich nicht mehr verstecken, sondern bereichern die Stadtkultur. Das war nicht immer so, sondern hat sich im gesellschaftlichen Kontext der letzten Jahre entwickelt. Heute geht es darum, dass sich die Stadt Mannheim ihrer Verantwortung gegenüber queeren Menschen stellt, und das sowohl als Arbeitgeberin als auch für die gesamte Stadtgesellschaft. Wir fordern einen lokalen Aktionsplan. Dieser muss insbesondere mehr Aufklärungsprojekte an Schulen und Jugendeinrichtungen zur sexuellen Vielfalt beinhalten. Wir kämpfen für den Erhaltung von Aufklärung und Beratung und wollen diese Angebote ausweiten und alle Schularten einbeziehen. Beratungsangebote in ambulanten und stationären Jugendeinrichtungen und in der Jugendhilfe müssen gesichert und verstärkt gefördert werden. Regenbogenfamilien wollen wir ebenso unterstützen. In der Verwaltung sollte Vielfaltsmanagement (Diversity Management) selbstverständlich sein. Die Stadt muss eine offene Willkommenskultur schaffen, nicht nur für junge Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger in der Kernverwaltung, sondern für alle Beschäftigten in den städtischen Eigenbetrieben und Gesellschaften. Benachteiligungen aufgrund der sexuellen Identität darf es in Mannheim nicht mehr geben. Wir fordern eine für queere Belange zuständige Stelle in der Verwaltung, die sich nicht nur für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzt, sondern auch nach außen für die Community Ansprechpartnerin ist. Wir setzen uns für ein offensives lesbisch-schwules Stadtmarketing als Standortfaktor ein und fordern eine dauerhafte Unterstützung des Christopher Street Days durch die Stadt.

SICHERHEIT UND ORDNUNG

Sichere Stadt

Alle Statistiken der letzten Jahre belegen es: Mannheim ist sicher und wurde in den letzten Jahren sicherer. Damit diese Entwicklung weitergeht, setzen wir weiterhin auf eine sichtbare Polizei in unserer Stadt und gute Präventionsarbeit, vor allem in der Sozial- und Bildungspolitik. Auch wenn die subjektiven Ängste von Menschen nicht immer der Kriminalitätsstatistik entsprechen, müssen wir sie dennoch ernst nehmen. Neben der Verfolgung und Ahndung von Straftaten ist daher die Bekämpfung ihrer Ursachen unerlässlich. Weder Verbote noch Überwachung durch Videokameras bekämpfen die Ursachen kriminellen Verhaltens. Wir möchten eine Stadt, in der sich alle Menschen frei und ungezwungen bewegen können und in der die Bürgerrechte wie das Recht auf Selbstbestimmung gewahrt bleiben. Dort, wo es wiederholt zu schweren Straftaten gekommen ist, kann eine zeitlich begrenzte Kameraüberwachung sinnvoll sein – so wie es der Gesetzgeber vorsieht. Eine dauerhafte Überwachung lehnen wir hingegen ab. Polizeistreifen, die zu Fuß unterwegs und damit ansprechbar sind und einschreiten können, wenn Gewalt entsteht, sind die weitaus bessere Alternative zu

jeder Videokamera. In Mannheim gibt es viel zu viele Waffen in privaten Haushalten. Durch verstärkte Kontrolle und fiskalische Anreize wollen wir die Anzahl massiv verringern und damit für mehr Sicherheit sorgen.

Kommunaler Ordnungsdienst

Wir setzen uns langfristig für die Abschaffung des kommunalen Ordnungsdienstes ein. Dann muss die Polizei wieder die Überwachung des ruhenden Verkehrs übernehmen. Kurzfristig wollen wir die Arbeit des Kommunalen Ordnungsdienstes auf die Überwachung des ruhenden Verkehrs beschränken. Private Sicherheitsdienste und ehrenamtlich tätige Ordnungskräfte sind für uns keine Alternative zu ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten. Wir fordern eine langfristig angelegte Sozial- und Präventionsarbeit und die Stärkung proaktiver Projekte wie zum Beispiel das Suchtpräventionsprojekt „Hart am Limit – HaLt“.

Feuerwehr

Um auch in Zukunft einen zuverlässigen Schutz vor Gefahren durch Naturgewalten, Feuer und Unfälle gewährleisten zu können, möchten wir die freiwilligen Feuerwehren, das Technische Hilfswerk und die Rettungsorganisationen stärken und attraktiv für Ehrenamtliche gestalten. Für gleichfalls geboten halten wir es, die hauptamtliche Feuerwehr mit Blick auf Ausrüstung, Fahrzeuge und Gebäude auf den aktuellen Stand der Technik zu bringen und zu halten. Um eine optimale Abdeckung ihrer Einsatzgebiete zu ermöglichen, müssen die drei Feuerwachen über gute Anbindungen an das Verkehrsnetz verfügen. Bei Veränderungen der vorhandenen Verkehrswege oder bei Umzug einer Feuerwache müssen mindestens die jeweils bisherigen Fahrzeiten zum Einsatzort gewährleistet werden. Dies hat Vorrang vor finanziellen Aspekten.

Öffentlicher Raum

Wir Grüne wollen ein weltoffenes und tolerantes Klima in Mannheim – und Leben in unserer Stadt. Dazu gehört auch, dass der öffentliche Raum allen Menschen zugänglich bleiben muss und nicht durch zahlreiche Verbote oder Konsumzwang übermäßig eingeschränkt wird. Wir setzen uns für urbanes Leben mit Veranstaltungen in der Stadt ein. Wir werden darauf achten, dass es dabei ein gutes Miteinander der Interessen von einerseits den Anwohnerinnen und Anwohnern und andererseits den Besucherinnen und Besucher der Veranstaltungen sowie den Veranstaltern gibt. Der Festplatz auf dem Neuen Messplatz soll als Veranstaltungsort gestärkt werden. Den Europaplatz vor dem Planetarium wollen wir nur in der vegetationsarmen Zeit als Veranstaltungsort freigeben. Wir setzen auf umsichtige und rücksichtsvolle Bürgerinnen und Bürger und sind davon überzeugt, dass liberale Lösungen wie zum Beispiel die initiierte Lösung beim Grillen auf öffentlichen Grünflächen besser sind, als ständig neue Verbotszonen auszuweisen.

STICHWORT-VERZEICHNIS

A

Abfall 4
Abendakademie 24, 30
AIDS 32
Alleinerziehende 10, 28, 38
Alphabetisierung 24
Altenhilfe 45
Antidiskriminierung 50
Antisemitismus 50
Arbeit 3, 10, 11, 13, 21, 24, 28, 30, 31, 32, 37–40
artgerecht 6, 8
Aufsichtsrat, Aufsichtsräte 36,
Ausbildung 23, 27, 30, 32, 39, 40, 43, 45, 53, 54
Autofrei 18, 19

B

Bio 4, 5, 6, 7, 10, 11, 27, 37, 39,
Bäder 40
Bahn 20
Barrierefreiheit 17, 31, 33
Bäume 5
Begrünung 5
Behinderung 12, 50
Benjamin Franklin 46
Berufsschule 40
Beschaffung 7, 38, 39
Beschäftigung 39, 40, 50, 53
Beteiligung, Jugend, Kinder 28, 29
Beteiligungsunternehmen 36
Betreuung 39, 45, 56
Bezirksbeirat 49,
Bibliothek 24, 42
Bildung 22
Block 9 14
Blockheizkraftwerk 15
Breite Straße 18
Bundesgartenschau 9, 10, 11, 19, 35
Busfernverkehr 21
Bypass 20

C

Carsharing 17, 19, 20
Chancengleichheit 52
Coleman Barracks 13, 15, 37, 46

D

Daseinsvorsorge 15, 36
demographische Entwicklung 17, 33, 45, 51
Demokratie 47
Deutsch-Türkisches Wirtschaftszentrum 37
Diversity Management 57, 58
Duale Hochschule 25
Durchgangsverkehr 19

E

Einbürgerung 48, 53
Einkaufsmärkte 19
Einsparungen 34
Einwanderung 42, 52
Einzelhandel 31, 37
Elektromobilität 15,
Eltern 23, 26, 27, 28,

Energie 5, 6, 13, 14, 15, 17, 36, 37, 38
Energiemusterpark 13, 15, 37
Entsiegelung 5, 12
Entsorgung 7
Ernährung 8, 23, 27
Erziehung 26, 27, 28, 40, 53, 57
Europäische Union 3
Existenzgründerzentren 13, 37

F

Fahrgastbeirat 20
Fahrradabstellplätze 20
Fahrradstraße 18
familienfreundlich 39
Familienpass (plus) 7, 30, 31
Feudenheim 6, 20
Feudenheimer Au 9, 10,
Fleisch 8
Flüchtlinge 32, 51
Flughafen 21, 36
Forschung 25, 39
Frauenrechte 36, 37, 53, 55, 56, 57
Freie Szene 42
Freie Träger 32
Freiflächen 11, 12
Freiräume 12, 29
Freizeit 8, 12, 39, 45, 46, 48
Fressgasse 18
Frischluftschneise 5, 9, 10, 21
frühe Hilfen 27, 33
Fußverkehr 17

G

Ganztagesschule 23
Gärtnern 10, 46
gastronomisch 8, 31
GBG 36
Gehweg, Gehwege 17
Gemeinderat 31, 34, 36, 48, 49, 50
Gemeinschaftsschule 23, 54
Gemeinschaftsunterkünfte 32
Gender Budgeting 56
Gentechnisch 7
Geothermie 13, 15
Gerechtigkeit 8, 26, 55, 57
Geschlechtergerechtigkeit 55, 57
Geschwindigkeitsbegrenzung 6
Gesundheit 17, 27, 31, 32
Gewerbe 5, 6, 12, 14, 35, 38, 43
Glaubensrichtungen 50
Gleichstellung 55, 56
Glücksspiel 38
Glückstein-Quartier 20, 25
Grillen 60
Großkraftwerk Mannheim 14
Großprojekte 35
Gründer 13, 37, 56
Grundschule 22, 23
Grünflächen 5, 35, 60
Grünzug, Grünzüge 5, 9, 10, 39, 46
Güterverkehr 20
Gymnasium 23

H

Hafen 20, 21
Haltestelle, Haltestellen 18, 19, 20, 21
Handel 5, 12, 26, 27, 31, 39, 46, 51
Handwerk 25, 27, 27, 38, 40, 46
Hauptbahnhof 19, 20, 21
Haushalt 21, 34, 35, 49, 56
HIV 33
Hochschule 24, 25, 27, 43, 51
Homophobie 50
Hort 28, 50

I

Industrie 12, 14, 15, 21, 25, 37, 46
Informationsfreiheitsgesetz 50

Infrastruktur 6, 9, 17–19, 34, 35, 39, 43, 50
Inklusion 12, 22, 27, 31, 33
Innenstadt 12, 15, 18, 19, 39
Insektenschutz 8
Integration 31, 45, 51–54
interkulturell 52, 53, 54
Investitionsstau 24

J

Jagd 8
Jobcenter 53
Jugend 12,23–30, 33, 38, 42, 43, 45, 49, 50, 51, 53, 54, 57, 58
Jungbusch 19

K

Käfertal 20,21
Kameraüberwachung 59
Kantinen 8, 39
Kasernen 11
Kinder 7, 12, 17, 20, 23, 24, 26–29, 33, 39, 42, 45, 49, 50, 53–56
Kirche, Kirchen 50, 51
Kita 28, 54
kleine Unternehmen 40
Kleingartenverein 46
Klima 5, 8–11, 14, 17, 38, 51, 60
kommunale Unternehmen 36
Kommunaler Ordnungsdienst 60
Konfessionsfreiheit 50
Kongresse 39
Konto 30, 36
Kontrolle, demokratische 36, 50
Konversion 5, 10–12, 15, 20, 25, 33, 37–39, 40
Kriminalitätsstatistik 59
Krippe 26, 28, 50, 54
Kultur 12, 21, 33, 39, 41, 48, 50, 52, 53
Kunst 14, 18, 41-43, 45
Kunststraße 18

L

Landschaft 4, 9, 21, 22, 28
Landwirtschaft 6, 7, 13, 38
Lärm 6
Lebensmittel 6, 7, 23, 27, 38, 39, 41
Lebensqualität 12, 17, 18, 21, 39
Lernen 23, 25, 40
Lesben 58
Luft 3, 5, 9, 10, 17, 21, 39
Luisenpark 7

M

MAUS 23
Mehrgenerationen 12, 32
Mensa, Mensen 23
Menschenrechte 51
Metropolregion 12, 15, 21, 29, 30, 31, 35, 38, 44
Migrantinnen und Migranten 37, 51, 53, 54
Migration 37, 47, 48, 51, 53, 54
Mikroklima 11
Mittelstand 37
Mobilität 15, 17, 19, 20, 25, 47
Musik 24, 29, 42, 42
Musikalische Früherziehung 29
Musikhochschule 43
Musikschule 24, 42
Musikwirtschaft 43
MVV 15

N

Nachhaltigkeit 46, 51
Naherholung 5, 11
Nationaltheater 42, 43
Naturschutz 5
Neckar 5, 12
Neckarau 20, 21
Neckarstadt 19

O

öffentlicher Raum 60
Ökolandbau 7
Ökonomie 38, 51
Opernhaus 44
ÖPNV 10, 17–20, 31, 38, 46

P

Parks 8, 13
Park&Ride 10, 20
Parken 15, 17, 18
Pflege 50,53
Photovoltaik 13, 14
Planken 18, 39
Popkultur 43
Prävention 29
Privatschule 24
Prostitution 56

Q

Quadrate 18, 20
Qualifizierung 23, 25, 27, 40, 45
Quartiermanagement 32
Quote 36, 55

R

Radverkehr 17–20
Rangierbahnhof 20
Rassismus 50
Raumordnungsplan 12
Rechtsextremismus 50
Recycling 6
Regelschule 40
Regenbogenfamilie 58
Regionalisierung 38
Regionalplan 12
Reinigung 6
Rekommunalisierung 15
Religion 27, 50, 51, 52, 53
Ressourcen 6, 12, 28, 38, 46
Rhein 5, 12, 19
Rhein-Neckar-Flughafengesellschaft 36
Rheinau 20, 21
Rheinquerung 19
Rohstoffe 6
Rohstoffverwertung 6
Rollator 20
Rollstuhl 17
Rott 10

S

S-Bahn 20, 21
Sanierung 14, 24, 34, 35, 38
Schlachthof 7
Schnawwl 42
Schönau 21
Schulden 30, 36
Schuldnerberatung 30,„36
Schule 7, 22–27, 30, 32, 33, 35, 40, 41, 43
Schülerzahlen 22, 23
Schwule 58
Seckenheim 21
Senioren 12, 45
Sicherheit 21, 46, 59, 60
Solar 13–15
Soziales 30
Sparkasse 30, 36
Spielleitplanung 29
Spinelli Barracks 9
Sport 32, 45, 46, 54
Sprachförderung 54
Stadtbahn 19, 20
Stadtbäume 5
Stadtbibliothek 24, 42
Stadtentwicklung 5, 8, 10, 12, 25
Stadtmarketing 58
Stadtplanung 18

Stadtteile 10–12, 18, 19, 28, 31, 32, 43, 49, 54
Stadtteilkonferenz 48
Stadtverwaltung 31, 38, 43, 47, 50
Städtepartnerschaften 51
Standortfaktor 26, 28, 39, 58
Stau 17
Stellplätze 18–20
Steuern 35, 54
Straßen 6,10, 12, 17–21, 35
Straßenbahn 20, 21
Straßenreinigung 6
Strom 15
Studienangebot 25
Studierend 12, 25
Sucht 33, 60
Südtangente 19

T

Teilhabeplan 30, 31
Tempo 30 18
Tiefgaragen 18
Tiere 6, 7, 8
Tourismus 39
Transparenz 35, 36
Transphobie 50
Transsexuelle 58

U

Übernachtungszahlen 39
Umwelt 4, 6, 7, 19– 21, 38
Universität 25
Unternehmen 13, 25, 36, 37
Urban Gardening 5, 46
Urban Mining 6

V

Vegan 8
Vegetarisch 8
Veggie-Day 8
Veranstaltungen 7, 8, 20, 42, 43, 48, 60
Verbraucherinnen und Verbraucher 7, 36
Vereine 45, 46, 53, 53
Verkehr 5, 6, 10, 12, 17–21, 36, 39, 60
Verkehrsberuhigung 18
Versiegelung 5, 6
Versorgung 14, 15, 24, 33
Vielfalt, biologische 5, 11
Vögel 8
Wiederverwertung 6

W

Wahlrecht 48
Wald, Wälder 5, 8
Wasserversorgung 15
Weiterbildung 25, 32
Weltanschauungen 50
Werkrealschule 22, 23
Wertschöpfung 15
Wertstofftonne 6
Westumfahrung 19
Wildtiere 8
Willkommenskultur 53
Wirtschaft 5, 13, 21, 25, 26, 28, 30, 36, 37, 38
Wissenschaft 15, 25
Wohnbebauung 10
Wohnen 5, 12, 13, 31, 32
Wohnraum, studentischer 12
Wohnungsbaugesellschaft 36
Wohnungspolitik 12

Z

Zentrenkonzept 12, 38
Zentrum 18
Zielsystem 34
Zirkus 8
Zukunftsbranchen 37
Zuwanderung 31
zweiter Bildungsweg 24

DAS 10-PUNKTE-KURZPROGRAMM

1. Mehr Natur in Mannheim

Biotopvernetzung und Ausbau von Schutzgebieten, mehr Stadtbäume und Urban Gardening, Entsiegelung von Flächen und Flächenrecycling

2. Mit Rad-, Fuß- und Nahverkehr zu zukunftsorientierter Mobilität

Mehr Geld für Rad- und Fußwege, Taktverdichtung bei Bus und Bahn, Haltestellen barrierefrei ausbauen

3. Weniger Lärm, bessere Luft

Flugplatz schließen, Verkehrsberuhigte Zonen in der Innenstadt, zwei autofreie Wochenenden im Jahr in den Quadraten

4. Gute Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen

Schulsozialarbeit an allen Schulen, auch an weiterführenden Schulen Ganztagsschulausbau, eine inklusive Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe

5. Gute Betreuung in Krippe, Kindergarten und Hort

Ausbau der Eltern-Kind-Zentren, bessere Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher, mehr Ganztagesplätze

6. Gesellschaftliche Teilhabe unabhängig vom Geldbeutel

Ausbau des Familienpasses Plus und des Kulturpasses, Sozialticket als Monatsticket einführen, Eintrittsfreie Tage in Kultureinrichtungen

7. Nachhaltige Wirtschaft und Entwicklung

Mehr Geld für den Erhalt der städtischen Infrastruktur, Gründerzentrum für Erneuerbare-Energie-Wirtschaft, Ökologische und soziale Kriterien von der städtischen Auftragsvergabe bis hin zur Konversion

8. Mehr Raum für Kultur und Freizeit

Zentrum für darstellende Kunst, Neubau der Stadtbibliothek, Jugendtreffs in allen Stadtteilen

9. Lebendige Demokratie

Jugendbeteiligung weiter ausbauen, Beteiligungshaushalt einführen, Stabsstelle gegen Rechtsextremismus

10. Für Vielfalt und Gleichberechtigung

Mehr Frauen in Führungspositionen, Aktionsplan gegen Homophobie, Menschen willkommenheißen – Einbürgerungskampagne fortsetzen

IMPRESSUM

Bündnis 90/Die Grünen Mannheim
Kaiserring 38/Moltkestraße 2
68161 Mannheim
Telefon: 0621 22920
E-Mail: info@gruene-mannheim.de
V.i.S.d.P.: Dr. Angela Wendt, Matthias Pitz

Grafik und Layout: Gerhard Fontagnier
Fotos: Nicole Farida Berry
Textfassung: Thomas Hornung
Koordination:
Matthias Pitz, Dr. Angela Wendt,
Melis Sekmen, Karl-Heinz Hedvizak,
Sebastian Seibel, Barbara Hoffmann,
Sebastian Fietkau

Die Texte sind in den
Arbeitskreisen entstanden.

Unser Dank gilt unseren Mitgliedern
und der Mannheimer Bürgerschaft für
die intensive Mitarbeit an unserem
Programm.

SPENDENKONTO

Bündnis 90/Die Grünen
Stichwort: Spende Kommunalwahl 2014
Kontonummer 6020146100
BLZ 43060967
GLS Gemeinschaftsbank eG, Bochum

Bündnis 90/Die Grünen Mannheim
Kaiserring 38/Moltkestraße 2 · 68161 Mannheim
Telefon 0 621-22 920 · Telefax 0621-33 67 652
www.mannheim-begruenen.de · info@gruene-mannheim.de
www.wir-leben-mannheim.info